

Der Grundstein



Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusatzkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M 2 (ohne Beitrags-
geld), bei Zustellung unter Kreuzband M 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schlüsse der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr.
Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die drei-
gesparten Petitzelle oder deren Raum berechnet

Das Verhältnis des Beitrages zum Stundenlohn.

Im Centralverband der Maurer bestand seit 1901 der Grundlohn: der wöchentliche Beitrag ist gleich dem durchschnittlichen Stundenlohn. Der Verbandsstag in Mainz (1901) schuf sieben Beitragsstufen von 25 bis 55 Pf in Abständen von je 5 Pf. Die Spannung in einer Lohnstufe betrug 4 Pf, der niedrigste Stundenlohn der gleichen Stufe war 2 Pf niedriger, der höchste Stundenlohn 2 Pf höher als der dazugehörige Beitrag; in der höchsten Beitragsstufe z. B. 48 Pf bis 52 Pf Stundenlohn gleich 50 Pf Beitrag.

Die Spannung zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Lohn einer Stufe ist später größer geworden, und trocken mußte der Beitragstafel erhöht werden, wenn man an der Steigerung der Stufen von 5 zu 5 Pf festhalten wollte. Der Deutsche Bauarbeiterverband trat mit 12 Beitragsstufen auf den Plan: 25 Pf Stundenlohn 35 Pf Beitrag, über 77 Pf Stundenlohn 90 Pf Beitrag; die Spannung zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Lohn einer Stufe und von einer Beitragsstufe zur andern betrug je 5 Pf. Dann hat der Teneur Verbandsstag beschlossen, die Zahl der Beitragsstufen von 12 auf 6 zu vermindern: 40 bis 90 Pf mit einer Spannung von je 10 Pf. Die Lohnstufen über 35 Pf wurden mit 36 bis 45, mit 46 bis 55 Pf u. s. w. festgesetzt, also ebenfalls mit einer Spannung von je 10 Pf. Dadurch wurde natürlich auch das Verhältnis des Lohnes zum Beitrag geändert. Zu der jüngsten Beitragsstufe von 70 Pf gehören Stundenlöhne von 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64 und 65 Pf. Der niedrigste Lohn dieser Stufe (56 Pf) bleibt um 14 Pf, das ist 1/5 des Beitrages, hinter diesen zurück. Wenn wir den Beitrag (70 Pf) gleich 100 setzen, dann verfallen sich die genannten Löhne, von unten nach oben, dazu wie:

80, 81, 83, 84, 86, 87, 89, 90, 91, 93.

Der Durchschnitt der genannten Löhne ist $60\frac{1}{2}$ Pf, die sich zu dem Beitrag wie 86 zu 100 verhalten.

Bei den 12 Beitragsstufen vor dem Jahre 1913 gehörten die Löhne von 56 bis 65 Pf zu drei Beitragsstufen: 65, 70 und 75 Pf. Die Stundenlöhne von 56 und 57 Pf standen zu 65 Pf Beitrag im Verhältnis wie 86 und 88 zu 100; die Stundenlöhne von 63, 64 und 65 Pf standen zu 75 Pf Beitrag im Verhältnis wie 84, 85 und 87 zu 100; die Stundenlöhne von 58, 59, 60, 61 und 62 Pf waren auch vorher in dem gleichen Verhältnis zu 70 Pf Beitrag wie nach der Veränderung der Beitragsstufen. Die Löhne von 56 und 57 Pf sind bei der Umwandlung um 5 Pf höher, und die Löhne von 63, 64 und 65 Pf um 5 Pf niedriger bestettet worden. Das war für den Verband sicher keine Beitragserschöpfung. Aber das war auch nicht der Zweck des Beitragsstufens, sondern man wollte dadurch eine Vereinfachung und Vereinführung der Verwaltung, insbesondere des Markenbetriebs, erreichen.

Nun wird wiederum eine Veränderung des Beitrages vorgeschlagen, jetzt aber zu dem ausgeschlagenden Zweck, die Einnahmen des Verbandes zu erhöhen. Aber die Erhöhung der Einnahmen soll nicht Selbstzweck sein, sondern die Unterstützungen sollen, über die geforderte Mehrerlöse hinaus, erhöht werden. Die beantragte Erhöhung der Beiträge liegt aber auch jetzt nicht in der Neuordnung der Beitragsstufen und in einer etwaigen Beitragsleistung des Lohnverhältnisses zum Beitrag; im Gegenteil, dies Verhältnis wird verbessert. Die beantragte Beitrags erhöhung liegt lediglich in der Heranziehung eines Teiles der zuvor erworbenen Lohnerschöpfung. Nur eines Teiles der Lohnerschöpfung; denn von dem alten Grundlohn, der der Beitrag gleich sein soll dem durchschnittlichen Stundenlohn, bleiben wir noch sehr weit entfernt. Und das wird auch hoffentlich in alter Zukunft so bleiben können.

Der Antrag des Verbandsvorstandes und Beirates fordert sieben Beitragsstufen von 50 Pf bis 110 Pf, mit Steigerungen von je 10 Pf. Die siebte Beitragsstufe ist für die Verwaltung eine unangenehme Zugabe, sie wird

sich aber nicht umgehen lassen. Der jüngste 40 Pf Beitrag kann unabdingt in Wegfall kommen; denn so niedrige Löhne werden in absehbarer Zukunft nicht angeboten werden können, da 40 Pf als Beitrag sich rechtserheben ließen. Da der 50 Pf Beitrag noch praktische Bedeutung haben wird, kann zweitens erscheinen, wahrscheinlich wird er nicht von Belang sein. Außerdem ist es nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch ein finanziell-politisches Erfordernis, die höheren Löhne über das bis herige Maß hinunter zu höherer Beitragsleistung heranzutragen, und da kann man bei den jüngsten Löhnen nicht bei 1 Pf halt machen. Will man die höheren Löhne in denselben Verhältnis wie die mittleren und niederen beitragspflichtig machen und dabei die 50 Pf Stufe bestehen lassen, muß man schon sieben Stufen festlegen.

Es wurde schon gesagt, die geforderte Beitragsstufenzahl ergibt ein noch günstigeres Verhältnis der Löhne zu

Sonntag, den 27. Januar findet die Wahl der Delegierten zum Verbandsstage statt. Kein Mitglied sollte bei dem Wahltag fehlen!

dem Beitrag, als nach dem jüngsten Statut. Wir haben dagegeltzt, daß sich in der Beitragsstufe von 70 Pf die dazu gehörigen Löhne wie

80, 81, 83, 84, 86, 87, 89, 90, 91, 93

zum Beitrag verhalten, wenn wir diese als 100 setzen. Stellen wir aus der neuen Forderung dieselbe Stufe (70 Pf) in das gleiche Verhältnis, so ergibt sich, daß sich die dazu gehörigen Löhne wie

87, 89, 90, 91, 93, 94, 96, 97, 99, 100

zu dem Beitrag verhalten. Der Durchschnitt dieser Löhne (von 61 bis 70 Pf) ist $65\frac{1}{2}$ Pf gegen $60\frac{1}{2}$ Pf nach dem jüngsten Statut, und die Verhältniszahl des durchschnittlichen Lohnes zum Beitrag ist somit 94 statt 86 nach alter Staffel. Das sind $\frac{2}{3}$ oder rund 5 Pf in der 70 Pf Stufe, um die zukünftig die Löhne höher an den Beitrag heranzutragen sollen. Dasselbe Verhältnis trifft zu auf die Beitragsstufen 60, 80 und 90 Pf, und auch die beiden neuen Stufen sind nach der gleichen Berechnung festgesetzt. Würden wir die in Anfang gestellten 20 Pf außer Betracht lassen, dann natürlich auch die beiden neuen Beitragsstufen, so wäre die beantragte neue Staffelung der Beiträge gleichbedeutend mit einer Beitragsverminderung von 5 Pf auf der ganzen Linie. Daraus ergibt sich andererseits, daß die Hinzunahme von 20 Pf Leiterungsbeitrag als Grundlage zur Berechnung der Beiträge längst nicht 20 Pf Beitragserhöhung ergibt, sondern für die fünf untersten Beitragsstufen höchstens nur 15 Pf. Nur in den beiden höchsten Stufen kommen die 20 Pf voll zur Geltung.

Das Verhältnis der Beiträge zu den Unterstützungen.

Die Streitunterstützung steht mit den jüngsten Säulen in einem gleichmäßigen Verhältnis zu den Beiträgen; sie beträgt in den ersten beiden Mitgliedschaftsjahren bei 50 und 60 Pf Beitrags das Zwanzigfache und bei 90 Pf Beitrag nur das $10\frac{2}{3}$ -fache des Beitrages. In allen Beitragsstufen ist das Verhältnis in der ersten Unterstützungsstufe wie

$22\frac{1}{2}$, 20, 20, $18\frac{1}{2}$, $17\frac{1}{2}$, $16\frac{2}{3}$, in der letzten Unterstützungsstufe wie

$37\frac{1}{2}$, 32, 30, $27\frac{1}{2}$, 25, $23\frac{1}{2}$.

Die beantragten Unterstützungsstufen sind nach der Seite

ist von dem zweiten getrennt, im letzteren soll die Unterstützung schon erhöht werden, es wird zu diesem Zwecke mit dem dritten und vierten Jahre zur zweiten Unterstützungsstufe vereinigt. Der dritten Stufe wird das siebte Mitgliedschaftsjahr hinzugerechnet; dadurch wird zugleich für das fünfte und sechste Jahr die Unterstützung erhöht. Die vierter Unterstützungsstufe umfaßt jetzt das siebte und achte Mitgliedschaftsjahr, sie soll in Zukunft das acht., neunte und zehnte Jahr umfassen. Da in dieser Stufe die Unterstützungsfähigkeit höher vorgegeben sind als in der jüngsten letzten Stufe, so besteht darin nicht nur ein Gewinn für das acht., sondern auch für das neunte und zehnte Mitgliedschaftsjahr. Ganz außer Rücksicht mit den bisherigen Unterstützungen steht die neue fünfte Stufe nach zehnjähriger Mitgliedschaft. Ein völlig gleiches Verhältnis der Unterstützungen zu den Beiträgen ist auch in der beantragten Staffelung nicht vorhanden, es kann wohl auch nicht erzielt werden; dann würden die Unterstützungen entweder in den unteren Beitragsstufen zu niedrig werden und ihren Zweck nicht erfüllen, oder sie würden in den oberen Stufen so hoch steigen, daß sie für den Verband unerträglich sein würden. Immerhin kann das Verhältnis verbessert werden, was dem auch in der beantragten Staffelung vorgesehen ist. Einige Vergleiche zeigen den Unterschied zwischen den Unterstützungsstufen selbst und zwischen dem Verhältnis der Beiträge zu den Unterstützungen.

Beitrag	Wöchentliche Unterstützungen in Mark		
	im 2. Jahre	im 4. Jahre	im 8. Jahre
50 Pf { alt	10	12	13
{ neu	12	13,2	16,2
60 Pf { alt	12	14	15
{ neu	13,8	15	18
70 Pf { alt	13	15	16
{ neu	15,6	16,8	19,8
80 Pf { alt	14	16	17
{ neu	17,4	18,6	21,6
90 Pf { alt	15	17	18
{ neu	19,2	20,4	23,4

Zu allen Unterstützungsstufen ist die wöchentliche Unterstützung gleich dem danebenstehenden .-fachen Betrage

Beitrag	1. Stufe	2. Stufe	3. Stufe	4. Stufe	5. Stufe
50 Pf { alt	20	22	24	26	32
{ neu	20 $\frac{1}{2}$	24	26 $\frac{1}{2}$	32 $\frac{1}{2}$	38 $\frac{1}{2}$
60 Pf { alt	20	21 $\frac{1}{2}$	23 $\frac{1}{2}$	25	30
{ neu	20	23	25	30	35
70 Pf { alt	18 $\frac{1}{2}$	20	21 $\frac{1}{2}$	22 $\frac{1}{2}$	27 $\frac{1}{2}$
{ neu	19 $\frac{1}{2}$	22 $\frac{1}{2}$	24	28 $\frac{1}{2}$	32 $\frac{1}{2}$
80 Pf { alt	17 $\frac{1}{2}$	18 $\frac{1}{2}$	20	21 $\frac{1}{2}$	25
{ neu	19 $\frac{1}{2}$	21 $\frac{1}{2}$	23 $\frac{1}{2}$	27	30 $\frac{1}{2}$
90 Pf { alt	16 $\frac{1}{2}$	17 $\frac{1}{2}$	18 $\frac{1}{2}$	20	23 $\frac{1}{2}$
{ neu	19 $\frac{1}{2}$	21 $\frac{1}{2}$	22 $\frac{1}{2}$	26	29 $\frac{1}{2}$
100 Pf { alt	19 $\frac{1}{2}$	21	22 $\frac{1}{2}$	25 $\frac{1}{2}$	28 $\frac{1}{2}$
{ neu	19 $\frac{1}{2}$	20 $\frac{1}{2}$	21 $\frac{1}{2}$	24 $\frac{1}{2}$	27 $\frac{1}{2}$

Die Gewerbezulagenunterstützung steht in der neuen Staffelung in allen Stufen in einem gleichmäßigen Verhältnis zu den Beiträgen. Danach soll die tägliche Unterstützung in der ersten Stufe gleich dem wöchentlichen Beitrag sein, in der zweiten Stufe gleich dem zweitwöchigen, in der dritten Stufe gleich dem zweieinhalbjährigen und in der vierten Stufe gleich dem dreijährigen Beitrag. Die Unterstützungsstufen sind von sechs auf fünf vermindert; das gereicht den höheren Mitgliedschaftsjahren zum Vorteil.

Ein noch größerer Vorteil entsteht den frischen Mitgliedern durch die Verminderung der Unterstützungsstufen von sechs auf drei. Die wöchentlichen Unterstützungsstufen bei Arbeitslosigkeit in Vergleich gelegt zu den wöchentlichen Beiträgen ergibt zwischen den jüngsten und den beantragten Stufen folgenden Unterschied. In den zum Vergleich

gestellten Stufen ist die wöchentliche Unterstützung gleich dem danebenstehenden ... fachen Betrage des Beitrages.

Beitrag	2. Stufe nach 2 Jahren	4. Stufe nach 6 Jahren	6./8. Stufe nach 10 Jahren	Verbandsvorstand erfolgen", zu sehen: die Anstellung ist Sache des Orts- oder Bezirksvereins.			
				50,-	12½%	16½%	
50,-	9	15	18				
60,-	9	12	15				
70,-	9	15	18				
80,-	9	11	13				
90,-	9	15	18				
100,-	9	15	18				
110,-	9	15	18				

Die Krankenunterstützung beträgt jetzt in der höchsten Stufe das 8½fache des Beitrages; nach der beantragten Staffel soll es nach einer um sechs Jahre kürzeren Mitgliedschaft das 12fache des Beitrages ausmachen.

Fritz Paetzow.

Anträge zum Verbandstage.

Borna. Der Zweigverein vorstand "Der Arbeiter und die deutschen Kolonien" zur Kenntnis genommen, bedauert jedoch, dass von Seiten der Generalversammlung die Zweigvereinsspende in politischen Fragen derart einseitig behandelt werden. Der Zweigverein vorstand ist der Meinung, dass die Zweigvereinsspende in der heutigen Zeit durchaus durch die Arbeiterschaft bestimmt werden muss, ebenso wie die Zweigvereinsspende auch in die Gewerkschaften getragen werden muss, für welchen gewerkschaftlichen Interessen nicht vereinigt werden kann. Er wünscht deshalb, um die Einigkeit in der Gewerkschaft zu wahren, dass von der Erfüllung politischer Tendenzen Abstand genommen werde, da für den zu erwartenden Frieden alle Kräfte zusammenfinden und jede partikuläre Zerplittierung vermieden werden müssten.

Borna. Die am 9. Dezember abgehaltene Versammlung protestiert einflussreich gegen die Einberufung des Verbandsvorstandes vor Friedensschluss.

Niel. Die Gehaltsfrage der Angestellten ist zu auf die Tagessordnung zu stellen, das sie der Statutenberatung erledigt werden kann.

Niel. Über die Beschlüsse des Verbandstages zur Statutenänderung findet nun Friedensschluss eine Abstimmung statt. Vorher sind die Abstimmungen im Beitrags- und Unterstützungsstages nicht stattgefunden.

Duisburg. Die Erhöhung der wöchentlichen Beiträge und die Ausdehnung der Beitragswochen von 44 auf 52 sind durch Urabstimmung zur Entscheidung gebracht.

Schnitz. Der Verbandstag wollte den Statutenentwurf des Verbandsvorstandes und beurteilt ablehnen.

Zeit. Die Änderung des Beitrags- und Unterstützungsstages, mit Ausnahme der Streitunterstützung, in einem späteren Verbandstage zu überweisen, die noch Beendigung des Krieges hinausgezögert hat.

Schnitz. Der Verbandstag wollte die Beschlüsse des Verbandsvorstandes und beurteilt rügen und deren Bezugsnachvollziehen.

Posen. Für unsere politisch sprechenden Mitglieder ist das Verbandsstatut vollständig in polnischer Sprache herauszugeben.

Niel. Der Verbandstag sollte fordern, dass die Bauarbeiter bei der Zuteilung der Lebensmittel als Schwerarbeiter anerkannt werden.

Lübeck. Den zum Kriegsdienst eingezogenen Kollegen ist nach ihrer Entlassung aus dem Heeresdienst, sofern sie sich innerhalb vier Wochen beim Verband wieder anmelden, eine einmalige Unterstützung von 10,- zu gewähren.

Sangerhausen. Der Verbandstag wollte den Vorstand aufrufen, bei der nächsten Vorstandselektion von der Generalversammlung die sofortige Aufhebung des Belegs-Arbeitersekretariats für das Herzogtum Braunschweig zu verlangen, das es am 1. Juli 1917 erreicht hat, da das bisherige Sekretariat für das Herzogtum Braunschweig völlig genügt.

Sangerhausen. Die Delegierten zur Generalversammlung und anderen Kongressen müssen mindestens zu drei Vierteln oder zwei Dritteln aus Kollegen bestehen, die im Beruf arbeiten oder doch nicht Beamte sind.

Lübeck. Der Verbandstag wollte beschließen, dass das Vorrecht für die Einwendung von Mitgliedsbeiträgen sowie der Statistik von der Hauptstelle zu tragen ist.

§ 4.

Niel. Der Verbandstag hat "eingefügt": in der Regel.

Niel. Der Verbandstag hat, entsprechend den Beschlüssen des letzten Verbandstages, eine Vorlage zu unterbreiten, monach die Angestellten der Zweigvereine aus der Verbandsvorstand beforder werden.

Bielefeld. Der Verbandstag wollte über den Antrag des Bezirks Dortmund, betreffend Nebernahmen der Gehälte der Zweigvereinsbeamten auf die Hauptstelle, zur Tagesordnung übergehen.

Niel. Der Verbandstag wollte den Verbandsvorstand beauftragen, bis zum nächsten Verbandstag eine Vorlage auszuarbeiten, wonach die Gehälter der Zweigvereinsangestellten aus der Hauptstelle zu zahlen sind.

Mannheim-Ludwigshafen. Die Gehälter aller Angestellten und Helferstäbe übernimmt die Hauptstelle. Wird in einem Zweigverein ein Kollege angestellt, dann wird er von der Generalversammlung des Zweigvereins gewählt. Der Verbandsvorstand hat das Besetzungsberecht.

Lübeck. Die Gehälter der Beamten sind mit den Gehältern der bestreitbaren Kollegen ihres Wohnortes gleichzustellen.

Zeit. Im Absatz 7 der Vorlage ist an Stelle des Satzes: "Die Anstellung kann nur im Einvernehmen mit dem

Verbandsvorstand erfolgen", zu sehen: die Anstellung ist Sache des Orts- oder Bezirksvereins.

§ 7.

Zeit. Im § 8 der Vorlage, Absatz 2 soll der zweite Satz heißen: "Sämtliche Vorstandsmitglieder sind auf dem Verbandsstage zu wählen".

§ 8.

Bezirk Dortmund. Im § 9 der Vorlage, Absatz 1 ist die letzte Zeile zu stricken und dafür zu legen: aus dem Bezirksausschuss zu berufen.

Niel. Der Absatz 1 der Bestimmungen über den Verbandsvorstand soll nicht geändert werden.

Zeit. Im § 9 der Vorlage ist Absatz 3 zu streichen.

§ 14.

Schnitz. Der Verbandstag sollte beschließen, dass seine Verbandsbeamten als Delegierte gewählt werden dürfen.

Düsseldorf. Verbandsbeamte haben auf allen Tagungen des Verbands nur beratende Stimme und kein Stimmrecht.

Schnitz. Zweigvereine, auf die nach dem Wahlgerüttel kein Delegierter entfällt, haben das Recht, auf eigene Kosten einen Delegierten zum Verbandsstage zu entsenden.

Düsseldorf. Auf allen Beitrags- und Verbandsstagen muss jeder Zweigverein mindestens durch einen Delegierten vertreten sein.

Lübeck. Zur Wahl der Delegierten für Verbandsstags- und andere Kongresse kann jeder Zweigverein Kandidaten aufstellen. Alle aufgestellten Kandidaten sind zur Wahl zu stellen, da sonst die kleineren Vereine keinen Kandidaten auf die Liste bringen können.

Zeit. Im § 15 der Vorlage soll Absatz 4 heißen: "Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Beitrags- und jedem Verbandsbeitrag entfällt auf je 1000 Mitglieder ein Delegierter. Überbrückende Hunderte werden mit 500 für 1000 gerechnet."

§ 18.

Ostrodnich. Das Eintrittsgeld ist von 50,- auf 1,- zu erhöhen.

Glauchau. Das Eintrittsgeld soll so bleiben, wie es heute ist.

Posen. In den Verband können nur noch Personen aufgenommen werden, die das 55. Lebensjahr noch nicht erreicht haben.

Bei erstmaler Aufnahme in den Verband beträgt das Eintrittsgeld für Personen bis zum 25. Lebensjahr ... 1,- vom 25. bis 40. Lebensjahr ... 2,- vom 40. bis 55. ... 5,-

Bezirk Dortmund. Im § 19 der Vorlage, Absatz 4 ist hinter dem Wort "betriebs" zu schreiben: 2. Der Verein darf nicht gesetzlich, in Einzelfällen (bei wiederholtem Eintritt, höherem Lebensalter usw.) ein höheres Eintrittsgeld zu erheben. Jugendliche Arbeiter und Lehrlinge unter 17 Jahren sind vom Eintrittsgeld betroffen.

Im Absatz 6 wird zwischen dem Anfangs- und Endjahr ein Wechselpris erhoben.

Zeit. Im § 19 der Vorlage ist Absatz 2 zu streichen und dafür zu legen: Über die Aufnahme entscheidet der Orts- und Bezirksverein.

Absatz 4 der Vorlage soll heißen: Das Eintrittsgeld ist in die Vereinskasse und beträgt mindestens 50,-. Lehrlinge und jugendliche Hilfsarbeiter bezahlen kein Eintrittsgeld.

§ 20.

Zeit. Im § 21 der Vorlage soll es heißen: Wer wegen Beitragsstädteausfall aus der Mitgliedschaft gestrichen wurde, zahlt bei der Wiederaufnahme des fehlenden Betrag des in § 19 festgesetzten Eintrittsgeldes.

§ 22.

Ostrodnich. Das Recht, mit dem Beitrage rückständig zu bleiben, wird von 9 auf 18 Wochen erhöht.

§ 24.

Posen. Sämtliche Schreibpapiere sowie die Kuverts und ohne Adresse des Verbandsvorstandes sind den Zweigvereinen vor dem Verbandsvorstand unentgeltlich zu liefern.

§ 25.

Braunschweig, Düsseldorf, Niel, Mülheim-Oberhausen, Oströdnich. Die Beitragsleistung wird von 44 auf 52 Wochen ausgedehnt.

Mülheim-Oberhausen, Düsseldorf. Die wöchentlichen Beiträge bleiben wie bisher.

Braunschweig. Eine Erhöhung der Beiträge soll nicht eintreten, wenn die Unterstützungen um ein Drittel erhöht werden.

Bezirk Dortmund. Der Beitragsberechnung wird neben dem tariflichen Sonderlohn vom 1. März 1918 nur eine Zuschlagsrate von 10,- zugrunde gelegt.

Mülheim-Oberhausen. Die Zuschlagsätze dürfen nicht erhöht werden. Die Zweigvereine erhalten aus den Einnahmen der Beiträge 80,- p.M.

Der Beitrag richtet sich nach folgendem Schema:

Biß zu 50,- Lohn ...	70,- Beitrag
" 60 "	80,- "
" 70 "	90,- "
" 80 "	100,- "
" 90 "	110,- "
" 100 "	120,- "
über 100 "	130,- "

Als Grundlage zu den Beiträgen dient der Tariflohn von 1916 und 20,- p.Zulage.

Niel. Für die Beitragsleistung an die Hauptstelle gilt folgende Skala:

Stunde	Stundenlohn	Beiträge
1 bis einschließlich	45,-	50,-
2 über 45,- bis einschließlich	55,-	60,-
3 " 65,-	65,-	70,-
4 " 75,-	75,-	80,-
5 " 85,-	85,-	90,-
6 " 95,-	95,-	100,-

Ostrodnich. Der Beitrag ist im Zweigverein des Arbeits- oder Wohnortes zu zahlen.

Der Zuschlagsatz soll nicht verändert werden.

Coburg. Die Kosten für die Einziehung der Beiträge übernimmt die Verbands-Hauptstelle.

§ 26.

Lübeck. Mitglieder, die das 60. Lebensjahr überschritten und 20 Jahre dem Verband angehört haben, können ihren Antrag bei einem Beitrag von 50,- für die Woche und falls des Verlustzuges ihre Rechte fortsetzen, die in einer höheren Klasse erworben haben.

§ 27.

Bezirk Dortmund. In der Vorlage ist Absatz 1 zu streichen.

Mannheim-Ludwigshafen. Bei Gewährung Unterstüzung aller Art besteht Beitragspflicht.

§ 28.

Ostrodnich. Das Recht der Beitragsfestsetzung ist auf 13 Wochen zu erhöhen.

§ 29.

Mülheim-Oberhausen. Die Zahlung von Beitragsunterstützung kann bestimmt werden.

Bei allen statutarischen Unterstützungen sind für Mitgliedschaft über 10 Jahre zwei höhere Unterstützungsstufen zu führen, und zwar über 15 und über 20 Jahre.

Lübeck.

Bei Feststellung der Unterstüzung ist die vom Mitglied gezahlte Durchschnittsbeitrag.

§ 31.

Niel. Für den wöchentlichen Beitrag von 1,- wird Streitunterstützung auf § 16, 17, 18, 19 und 22 gefordert.

Düsseldorf. Die Streitunterstützung wird das ganze Jahr vom ersten vollen Streittag an gezahlt und in einem Beitragsstufen von 1,- für jeden Tag erhöht. Das Kind hat eine wöchentliche Unterstützung von 1,- für die Karenzzeit.

§ 32.

Düsseldorf. Als Zuschlag zur Maßregelungsfestsetzung wird der siebenfache Wochenbeitrag gezahlt. Im Falle Umzug nötig ist, werden die vollen Umzugskosten gewidmet.

§ 33.

Coburg. Die Wartezeit kommt bei der Krankenarbeitslosenunterstüzung in Begaffall.

Braunschweig.

Bei Arbeitslosenunterstüzung zu bestimmen. Die Karenzzeit wird auf drei Tage herabgesetzt. In einem Unterstützungsfall darf nicht mehr eine einzige Karenzzeit.

§ 34.

Posen. Die Wartezeit kommt bei der Krankenarbeitslosenunterstüzung in Begaffall.

Teterow.

Der letzte Satz in Absatz 3 ist zu streichen. Siefert das Mitglied nach ununterbrochener zwanzigjähriger Mitgliedschaft vor der Ehefrau, so wird die Dauer der Karenz ebenfalls Unterstüzung gezahlt.

Posen. Der Absatz 5 der Vorlage soll lautieren: "Für die Unterstüzung wird nach den Bestimmungen für Erwerbslosenunterstüzung berechnet.

Niel. Für den Beitrag von 1,- wird die Unterstüzung auf § 35, 65, 80, 95, 110 und 125 gefordert.

Teterow. Der letzte Satz in Absatz 3 ist zu streichen. Siefert das Mitglied nach ununterbrochener zwanzigjähriger Mitgliedschaft vor der Ehefrau, so wird die Dauer der Karenz ebenfalls Unterstüzung gezahlt.

Posen. Der Absatz 5 der Vorlage soll lautieren: "Für die Unterstüzung wird nach den Bestimmungen für Erwerbslosenunterstüzung berechnet.

So wurde die Entwicklung der Warenpreise und Arbeitslöhne während des Krieges zu einer wahren Tragödie für die Arbeiterschaft, und zwar für die Arbeiterschaft weitestgehend, die auf Lohn oder Gehalt angewiesen waren.

August 1917 betrug nach Calwer die wöchentliche Arbeitszeit nicht mehr 45,67 gegen 45,12 in Juli 1914. Die Kosten für die sogenannte wöchentliche Familiensalration hatten demnach seit Kriegsbeginn um über 117 p.M. zugenommen. Dabei ist aber noch zu berücksichtigen, dass es sich bei Calwer um eine Verdienstgruppe handelt, die zum großen Teil um rationierte Waren handelt, die es nicht im eingeschränkt auszuteilen. Will der Arbeitnehmer nicht im eingeschränkt auszuteilen, muss er eine erhebliche Menge rationierter Waren im freien Handel — oder auch rationierter

Beitrag	Unterstützungsfälle nach geleistete Beiträgen:				
	Min. 50,- bis 104,-	104,- bis 208,-	208,- bis 312,-	312,- bis 500,-	500,- bis 1000,-
A	A	A	A	A	
50,-	25,-	35,-	50,-	60,-	
60,-	30,-	42,-	60,-	72,-	
70,-	35,-	49,-	70,-	84,-	
80,-	40,-	56,-	80,-	96,-	
90,-	45,-	63,-	90,-	108,-	
100,-	50,-	70,-	100,-	120,-	
110,-	55,-	77,-	110,-	132,-	

Warenpreise und Arbeiterlöhne

II.

So wurde die Entwicklung der Warenpreise und Arbeitslöhne während des Krieges zu einer wahren Tragödie für die Arbeiterschaft, und zwar für die Arbeiterschaft weitestgehend, die auf Lohn oder Gehalt angewiesen waren.

August 1917 betrug nach Calwer die wöchentliche Arbeitszeit nicht mehr 45,67 gegen 45,12 in Juli 1914. Die Kosten für die sogenannte wöchentliche Familiensalration hatten demnach seit Kriegsbeginn um über 117 p.M. zugenommen. Dabei ist aber noch zu berücksichtigen, dass es sich bei Calwer um eine Verdienstgruppe handelt, die zum großen Teil um rationierte Waren handelt, die es nicht im eingeschränkt auszuteilen. Will der Arbeitnehmer nicht im eingeschränkt auszuteilen, muss er eine erhebliche Menge rationierter Waren im freien Handel — oder auch rationierter

Bürokratien — zulaufen. Und die Preise für diese Waren sind um ein ganz beträchtliches mehr gestiegen, als die der Galerien Preise zugrunde liegen. Dazu kommt außerdem noch, daß die Qualität der meisten Waren stark zurückgegangen ist, wodurch die Preissteigerung noch verstärkt wird. Es sei nur an das Mehl, das Brot und den Kaffee erinnert. Selbst unter den Kartoffeln befindet sich heute eine viel größere Menge Schund als jemals früher in Friedenszeiten. Aber noch erheblich größer als bei den Lebensmitteln ist die Preissteigerung bei Feuerzeug, Schuhwerk, Kleidung und Wirtschaftsgegenständen aller Art, was in den Galerien aufgetreten ist. Einzelne Waren sind um 500, 800, ja 1000 Pf. in Preise gestiegen, und man greift nicht so hoch, eher zu tief, wenn man eine durchschnittliche Versteuerung der gesamten Lebenshaltung um 200 bis 300 Pf. annimmt.

Demgegenüber sind nach den Feststellungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes, nach Erhebungen einzelner Gewerkschaften und nach den Auskünften der Betriebsräte die Arbeitslöhne für die große Masse der Arbeiterschaft um kaum mehr als 50 Pf. in Höhe gegangen. Das Kaiserliche Statistische Amt hat festgestellt, daß die Löhne der männlichen Arbeiter Ende September 1916, also im dritten Kriegsjahr, durchschnittlich nur um 46 Pf., und die Löhne der Arbeiterinnen durchschnittlich um 34,1 Pf. höher waren als im März 1914. In den einzelnen Industrien betrug die Lohnsteigerung: in der Maschinenindustrie für männliche Arbeiter 48 Pf., für die ehemals sehr läßt bezahlten Arbeitserinnen 70,2 Pf.; in der elektrotechnischen Industrie für die männlichen Arbeiter 64,6 Pf.; — die prozentuale Zunahme des Durchschnittslohns für Männer — für die Arbeitserinnen 74,5 Pf.; in der Eisen- und Metallindustrie für männliche Arbeiter 44,9 Pf., und für die Arbeitserinnen 99,5 Pf.; in der chemischen Industrie für die männlichen Arbeiter 34,2 Pf., für die Arbeitserinnen 50,4 Pf.; in der Papierindustrie für die männlichen Arbeiter 40,6 Pf., für die Hölzer und Schuhstoffindustrie für männliche Arbeiter 32,9 Pf., für die Arbeitserinnen 50,2 Pf.; in Fahrzeugen und Maschinenbauwerken für die männlichen Arbeiter 8,2 Pf. usw.

Mit diesen Ziffern stimmt das Ergebnis einer umfangreichen Erhebung überein, die der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften über die Steigerung der Männerlöhne in den wichtigsten deutschen Industrien aufgenommen hat.

Danach betrug die Lohnsteigerung von Februar 1916 bis Januar 1917 in der Metallindustrie Groß-Berlin 69 Pf. — Wer im Oktober 1917 an der schwedischen Grenze deutsches gegen schwedisches Geld umwechseln wollte, der mußte für 100 schwedische Kronen M. 256,75 zahlen gegen 112,50 in Friedenszeiten. Bei den gleichen Prozentsätzen betrug die Lohnsteigerung 26 bis 25 Pf., bei den Altmarken 34 Pf. Für die Kaufarbeiter fühlte der Gewerkschaftsführer die Lohnsteigerung von 1913 bis 1915 auf 4 Pf. und im Jahre 1916 auf 10 Pf. Nach den Ergebnißen des Deutschen Legitimationsverbandes war in den börsenfiktiven Industrien im Juli 1917 der Durchschnittslohn verdienter der Arbeitnehmer bei Solingen-Aldorf M. 15,00.

So sieht es in Wahrheit mit dem "hohen" Löhnen der Arbeiter aus. Es gibt verschärfte Kapitalisten, Fabrikanten, Händler und Grundbesitzer, die während des Krieges ihr Einkommen und ihr Vermögen verdoppelt und verdreifacht haben; aber es gibt nur eine kleine Zahl von Arbeitern, deren Gehaltsniveau während des Krieges so viel erhöht worden ist, daß sie in ihrer Lebenshaltung nicht geschäftig sind.

Das heißt, daß die Löhne heute ebenso hoch oder höher sind als vor dem Kriege. Für die große Masse der Arbeiter haben nur jene geringfügige Lohnsteigerungen durchgesetzt werden können, daß damit die Teuerung nicht im entseiteten ausgeschlagen werden kann. Für sie brachte der Krieg eine ebenso gewaltige Entwertung ihrer Arbeitssatz, wie für einen Teil der Kapitalisten und Besitzerschaften eine Erhöhung ihres Einkommens, ihrer Gewinne und ihres Profites.

Wenn trotzdem die Unternehmensleiter und Unternehmerjefretare fortgesetzt nach einer Heraufsetzung der Arbeitslöhne streben und dabei so tun, als müßte sonst nach dem Kriege die deutsche Industrie zusammen gehen, so ist das ein Unrecht, der nicht leicht genug zurategewiesen werden kann.

Solangen die Industrie noch solche oder ähnliche Profile einstreicht, wie sie das während des Krieges hat, geht sie nicht zugrunde, sondern wird in einem geradezu gemeinschaftlichen Maße sich und seit, während man anderseits die Arbeiter mit angesehen braucht, um zu erhalten, daß sie in hohem Maße an Unterernährung leiden, daß sie verhungern und doch ihnen — trotz ihrer angeblich hohen Löhne — das Glaub aus den Augen schaut.

Wer vor einer Heraufsetzung der Löhne spricht, der jüngst dafür, daß die Preise der Lebensmittel wieder — wenn auch nur anstrengend — ihren alten Stand erreichen. Dann kann die Arbeiter genau über die Heraufsetzung ihrer Löhne mit sich reden lassen. Denn der Arbeiter ist mit denjenigen "hohen" Löhnen an sich gar nichts gedenkt. Gedient ist ihnen nur dann, wenn sie von ihren Löhnen, ob diese nun hoch oder niedrig sind, menschenwürdig leben können. Das können sie, trotz ihrer scheinbar hohen Löhne, keinesfalls, und wenn sie die Lebensmittelpreise auf ihrem jetzigen Stande verharren, oder gar noch weiter steigen, dann ist es die heiligste Pflicht der Arbeiter gegen sich und das deutsche Volk, für eine weitere Erhöhung der Löhne zu sorgen. Denn auf der Gesundheit der Arbeiterschaft beruht die Stabilität unseres Volkes. Eine Gesundheit der Arbeiter ist heute, dank der geringen Kaufkraft der Löhne und der allgemeinen Warenknappheit, in hohem Maße erschüttert. Da gännen in der "Neuen Zeit"

Der Wert des deutschen Geldes steigt.

Wir haben wiederholft darauf hingewiesen, welche Einflüsse der soziale Stand der deutschen Bevölkerung, das ist der niedrige Wert des deutschen Geldes im Auslande, auf unsere heimische Preisbildung hat. Indem das deutsche Geld im Auslande als entwertet gilt, muß der deutsche Kaufmann, der aus dem Auslande Waren bezieht, dafür höhere Preise zahlen, als in normaler Zeit. Die Folge davon ist, daß er diese Waren auch im Innlande teurer verkaufen muß, denn er will ja für seine Tätigkeit sein Geld auflegen, das nach dem Kriege vor dem Krieg der Fall gewesen, nach dem Kriege nicht aus dem Ausland stammenden gleichartigen Waren steigen, und daß die Preissteigerung noch um noch auf alle anderen Waren übergeht. Die Entwertung des Geldes, das zunächst nur dem Auslande gegenüber in die Erziehung trat, sieht sich als ökonomische Notwendigkeit aus.

Am 19. Januar ist der dritte Beitrag in diesem Jahre fällig.
Wer arbeitslos ist, muß sich zur Kontrolle melden. Wer dies versäumt, muß den vollen Beitrag zahlen.

im Innlande durch, soweit dies nicht, wie es ja während des Krieges — allerdings nur mit recht bescheidenem Erfolg — gelang, durch die Bevölkerungs- und Alimentierung der Waren und Festeigung von Höchstpreisen verhindert wird. Wieder ist der Wert des deutschen Geldes im Auslande gegeben, und ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung:

	Es müssen bezahlt werden, in Friedens- Ende
50 holländische Gulden	M. 168. — M. 315,26. — M. 315,75
100 dänische Kronen	112,50. — 148,60. — 200,50
100 schwedische Kronen	112,50. — 149,75. — 256,75
100 norwegische Kronen	112,50. — 149,75. — 255,50
100 Schweizer Franken	81. — 104,50. — 157,50

Der Wert des deutschen Mark war also im Oktober 1917 in Holland und in der Schweiz um jäh 100 Pf. in den Niederländischen Ländern zum Teil um fast 130 Pf. gestiegen. Wer im Oktober 1917 an der schwedischen Grenze deutsches gegen schwedisches Geld umwechseln wollte, der mußte für 100 schwedische Kronen M. 256,75 zahlen gegen 112,50 in Friedenszeiten. Bei den gleichen Prozentsätzen würden im allgemeinen die Waren verteuert, die Deutschland wurden in Schweden 20 Pf. usw.

Worauf die Entwertung des Geldes zurückzuführen ist, haben wir auch schon wiederholt dargelegt. Sie ist in der Hauptsache eine Folge der vermeintlichen oder tatsächlichen wirtschaftlichen Lage eines Landes. Deutschland ist seit Kriegsausbruch fast ganz vom Weltmarkt abgeschnitten. Es kann nur wenig Waren ausführen, was aber gezwungen, Lebensmittel und Rohstoffe in so großen Mengen einzuführen, als im Auslande nur irgend aufzutreiben waren. Dadurch entstehen sich eine ungünstige Handelsbilanz, das heißt, dieforderungen, die das Ausland an Deutschland stellt, stellen hatte, überwogen bei weitem die Forderungen, die Deutschland an das Ausland stellt hatte.

Die dadurch hervorgerufenen Entwertung des deutschen Geldes wurde noch durch verschiedene andere Umstände verschärft, nicht zuletzt auch durch unseren Papiergeldwirtschaft, die unsere Kreditwürdigkeit im Auslande beeinträchtigt hat. Um eine bessere Zahlungslage herzustellen, hat die deutsche Regierung während des Krieges die Einfuhr aus dem Auslande centralisiert und sie auf die innerstaatlichen Waren beschränkt, deponen die Ausfuhr so viel wie möglich gefordert. Aber das, wie auch die anderen Maßnahmen, haben die weitere Entwertung des deutschen Geldes nicht zu hindern vermocht.

Als sich im Sommer vergangenen Jahres der Deutsche Reichstag zu einem Frieden der Verständigung bekannt, wurde dies im Auslande als Zeichen deutscher Friedensabsicht ausgelegt. Die Folge war eine abermals starke Erhöhung der deutschen Kreditwürdigkeit und eine weitere Beschleunigung des Marktaufkurses. Erst nach den Siegen in Italien und vor allem seit den Friedensverhandlungen mit England hat sich das Blatt gewendet. Seitdem ist der Marktaufkurs wieder im Sinken begriffen. Die nächsten Jahren mögen dies zeigen.

	Gebot	Abgabe	Endtag	Am
100 holländische Gulden	M. 315,95. — M. 296,75. — M. 216,50		3. Jan. 1918	
100 dänische Kronen	220,50. — 218,00. — 159,50			
100 schwedische Kronen	256,75. — 246,75. — 169,75			
100 norwegische Kronen	225,50. — 245. — 162,25			
100 Schweizer Franken	157,50. — 152,50. — 113,25			

Wie höher die Bewertung des deutschen Geldes bedeutet einen starken Rückgang der Preise beim Export deutscher Waren ins Ausland. Es wird allerdings noch längere Zeit dauern, bevor die höhere Bewertung des deutschen Geldes auch in den Außenpreisen zur Wirkung kommt. Denn es ist ja eine alte Erfahrung, daß die Preise sehr rasch steigen, aber nur sehr langsam wieder zurückgehen. Von der Bewertung des deutschen Geldes wie vor dem Kriege sind wir übrigens immer noch weit entfernt und es ist jetzt unmöglich, daß sich der jetzige Marktaufkurs auch noch einmal ändert. Dies wäre sogar sehr wahrscheinlich, wenn die Verhandlungen mit England zu seinem guten Ende führen.

Die voraussichtliche Baukonjunktur im nördlichen Bayern nach dem Kriege.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so darf der am 1. Januar 1918 erwartet werden. Da ist es doch ratsam, daß die Bauarbeiter in bezug auf Arbeitsgelegenheit und damit Verdienst und Unterhalt für ihre Familien in die Zukunft auszusehen. Der Wiederaufbau wird im Pragwinkel wieder, wie dies schon vor dem Kriege der Fall gewesen, nach dem Kriege abhängen. Hier sind die Auswirkungen die einen Teil des Bezirkes nicht gut, für andere Teile drogen sich jedoch Hoffnungen, so daß wohl eine kleine Innenauswanderung für die Bauarbeiter nötig werden wird. So ist eine bekannte Tatsache, daß von den großen Aufträgen, die seit Ausbruch des Krieges die Herstellung zu verzögern hatte, die bayerische Industrie etwas hinsichtlich behindert und daher teilweise sehr stark geschädigt wurde, was sich für die Zeit nach dem Kriege unangenehme Folgen zeitigen wird, indem hier die Kriegswirtschaft für Neubauten und dergleichen weniger vorhanden sein werden. Dies wird ganz besonders der Fall sein in Oberfranken sowie im größten Teile des Oberpfälz mit ihren wichtigen Teilen und Bergbauindustrie. Dagegen werden sich in Mittelfranken, einem Teile von Unterfranken sowie der Unterpfalz die Dinge äußerst günstig entwickeln.

Schon im Jahrzehnt unseres Vertrittes für 1915 sind auf Seite 44 und 45 die Dinge, die da kommen werden, etwas angekündigt. Heute haben die Dinge schon vollkommene Formen angenommen. Der Großhessenland, der die Donau mit dem Main verbinden soll, ist inzwischen beschlossen worden. Die Projektierungskosten sind auf drei Jahre angenommen und sind vor einem Jahre begonnen und werden voraussichtlich bei Kriegsende beendet sein, so daß dann gleich mit den Arbeiten an mehreren Stellen begonnen werden kann. Diese Werkstätte wird durch das Industriekreis Bayern geführt bei Bamberg den Main überqueren und bei Kelheim die Donau erreichen, wobei die Städte Forchheim, Erlangen, Fürth, Nürnberg, Schwabach, Roth, Weißenburg usw. berücksichtigt werden. Daß sich an dieser Wasserstraße Industrien überall ansiedeln werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte. Wer bereits vorhandenen Industrien gleicher Art erweitert werden, ist mit Sicherheit zu erwarten, und es haben sich auch bereits Gesellschaften zu diesem Zweck gebildet. Andere haben ihr Betriebspotential wesentlich erhöht. So hat zum Beispiel der bayerische Lloyd sein Kapital von 4 auf 10 Millionen Mark erhöht. In Nürnberg, Würzburg und Bamberg haben sich neue Gesellschaften gleicher Art gebildet. Der neuen Wasserstraße entlang sind große Landbaufläche zur Errichtung von Fabriken und dergleichen im Gange. Sowohl bis jetzt Tatsachen vorliegen, schien aus dieser Wasserstraße Regensburg den größten Nutzen zu ziehen. Der im Jahre 1910 dort erbaute Industriekanal und Petroleum erweist sich eben als zu klein, so daß die Stadtmauer für eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage von wenigen Wochen 16 Millionen Mark benötigte

kann. Aus diesen nach allzu schlechten Auslieferungen darüber keineswegs der Schluß gezogen werden, daß nach dem Kriege und in der Übergangszeit die Organisation Bauarbeiter ganz oder aber nur ganz teilweise überflüssig geworden ist; da die Unternehmer Arbeitnehmer sind und daher an allen Abgabefristen nicht denken können, soviel wie werden allein die Verbindlichkeiten nicht mehr werden, und weiter, frag dieser nicht allzu schlechten Auslieferungen, immer noch ein Teil der Mitglieder bestehen bleiben, und die Organisation werden offizielle Kollegen nach vielen Rücksichten ihr Leid nötig brauchen. Tats. 19. März 1921.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverband

Feststellungsergebnis vom 31. Dezember.

In den 72 vorhergehenden Zweijahresperioden der Berichtszeit waren 82.544 Mitglieder, darunter 1.235 Arbeitsloste. Das sind im Verhältnis zum Hundert des Mitgliedes 1,50, gegenüber 0,88 bei 73 Arbeitslosen am Zähltag verhältnisse. Die Zunahme hielt somit an. Die stärkste Arbeitslosigkeit hatten die Bezirke Bremen mit 8,2, Stettin mit 7,1 und Dortmund mit 6,2 von Mitgliedsbezirkern. Im Bezirk Dortmund hatte das Verhältnis am vorjährigen Zähltag noch 0,04 betragen; die Zunahme war hier ungewöhnlich sprunghaft. Die Bezirke Frankfurt und Stralsburg hatten keine Arbeitslosen.

110 Abwesende waren zu untersagen, von welchen
der Mitglieder 0,86; in der Woche vorher 412 oder von
Mitgliedern hundert 0,50.

B e g i n n	Satz der Gewerkschaft	Zwischen Jahren befindet	In den		In den		Bei den freien Dienstleis-
			Verhandlungen	gesetzgebenden	Parlamenten	Staatsräten	versammlungen am Frei-
1. Königslberg	21	21	1909	59	77	11	88
2. Bremberg	31	31	1509	80	117	14	—
3. Stettin	53	53	1499	46	89	9	100
4. Breslau	55	55	3250	47	65	8	—
5. Berlin	74	74	9253	112	68	9	262 3
6. Magdeburg	83	83	8971	23	24	3	27
7. Grlitz	41	41	2046	6	18	2	—
8. Frankfurt	15	15	5940	—	—	—	—
9. Geln	16	16	7686	12	9	6	12
10. Dortmund	17	17	29262	3	86	54	140
11. Hannover	45	45	2645	—	3	—	—
12. Bremer	28	28	2475	—	—	—	—
13. Bremen	97	97	—	—	—	—	—
14. Halle	69	69	1666	74	49	16	8
15. Treden	16	16	7292	74	78	13	1 1
16. Leipzig	79	79	7890	66	104	21	98
17. Mnchen	26	26	9944	4	6	7	8
18. Mndingen	35	35	3605	63	73	9	2 1
19. Stuttgart	8	8	1327	5	—	—	5
20. Karlsruhe	15	15	2827	1	2	1	—
21. Strasburg	5	5	148	—	—	—	—
Besammen	709740	709244	710	939121	909	5	1103

Berichte

wenn diese herzliche Kameradschaft nicht eines Tages gewiss zum Durchbruch führte. Es fehlt hier die Arbeit, sehr oft ist die Erfahrung machen müssen, dass Ihre Kollegen, die sich gegen unwürdige Verhältnisse auflehnen, und Abscheu darüber, bei der ersten kleinen Gelegenheit unanständig genutzt wurden. Diese kleinen Beobachtungen sind Schutz der Reformerin, der Arbeitsaufgaben schwierig zu lösen, wenn die Arbeitnehmer sie dazu bringen, es sei denn, sie sind sehr engagiert, sie ist im Interesse ihrer Kolleginnen für Abstimmung von Bündnissen und für bessere Arbeitsbedingungen einzutreten, wenn sie nicht die Gesamtheit der Kollegen gemeinschaftlich geschädigt im Rücken haben. Die Solidarität, der Grundstein einer für alle, also für einen, sich infolge des Drudes und der Unfreiheit, wie auf in diesen Berufen, auch in der Arbeitsaufteilung dieses Werkes sehr zu wünschen übrig. Das soll ja aber nun mehr geändert werden. Das ist der Baubereich beschäftigter Männer, der eine gewisse Anzahl, doch ein unzureichendes, auf dem Stand des Unternehmens ist. Wenn ein Syndikat, das im Sinne der Arbeitnehmer organisiert und wollen mit vereinten Kräften Beschäftigte befreien, die zu beseitigen der eingeschlossene ist. Die Verlängerung beispielsweise der Direktion durch den Arbeitnehmerausschuss des Werkes Forderungen einzutreten zu lassen. Sie fordern die in ihrer Bauteilstellung beschäftigten gelesenen Pecunia einen Zuschluss von M. 180 (im Bezirk Berlin beträgt er 1.65), für die Hilfsarbeiter M. 120. Dazu an Zuschlägen für Überarbeit 25 pro Stunde und beiderseits unmäßige Arbeitszeit 25 pro Stunde Samstags, Sonntags und Feiertagen gleichmäßig verteilt 100 Pf. Stundenzins und Arbeitszeit gleichmäßig 100 Pf. Weiter fordert die Arbeiter ermäßigte Unterkunftsräume und Vorrichtungen zur Erweiterung des Mittagsraums, sowie z. B. sich die Arbeiter misstrauen. Es ist traurig, wenn Baustellen läuft. Die Zahl der im Baugewerbe beschäftigten Frauen ist mettlich zurückgegangen, ebenso wie der Grund, weil sich in den letzten Jahren politische und gesellschaftliche Forderungen für die reformistischen Kolleginnen nicht mehr interessieren, war unter den Baufrauen groß. Hier waren und sind noch heile Schwierigkeiten zu überwinden, die man vor dem Kriege nicht möglich gehalten hätte. Ammerbach fanden wir bei einer Teil, der Kollegen genügend Berthefähig, und mit Hilfe gelang es, unsere Organisation so auszubauen, wie uns interessierende Kräfte in einem für uns günstigen Sinne geregetzt werden konnten. Die Mitgliederzahl am Ende des Vorjahrens 485 bringt und in einem Quartal nach um ein geringes zurück, somit ist die Aussichtslosigkeit wieder eingetreten. Dieses Jahr sind 145 Neumitglieder und Zeugenleute, 213 Hilfsarbeiter, 50 Stuhlfabriken und 30 Platzarbeiter und zwei Mofastern. Am Ende des Vorjahrs 784 neue Mitglieder wurden in diesem Jahr 45 Mitglieder eingeschafft; damit erhöht sich die Gesamtzahl der Eingeschafften auf 1174. Davon haben sich Berthefähig 46, im ganzen 92 als entlassen wieder angesiedelt. Die Zahl der 56 als gefassten gemeldeten Kolleginnen ist zu gering; denn die meisten unserer Mitglieder, die zu geringen wurden, waren zugemeldet; da ist es erforderlich, dass uns die Trauerfunde in vieler Weise befreit werden. Es ist zu hoffen, dass die nächsten jahre bei ohne Anfangszeit. So werden die ersten Jahre bestimmt sein, bis die bestreiten teuren Beschäftigten eingestellt werden. Bei der Begründung am 8. Dezember fanden wir, das anstrengende die Sätze aller bei Privatunternehmen beschäftigten Bauarbeiter mit der Zulage einer Jochzulage von 8 bis 25 M. in der Stunde belastet. Zu meistern Geltenden, wo man nicht mehr gäbe, werden

alle lebenswichtigen Dinge noch besonders gefordert werden müssen). Die Forderungen, die von der Versammlung aufgestellt wurden, hielt dem Arbeitervorstand des Werkes vor Vertretung übermittelt worden, eine Abschrift davon wurde der Direktion zugesandt. An den Arbeitern liegen sie nun, einige zusammengefasst. An dem Schluß erfüllt werden.

Darmstadt. Der Zweigverein Darmstadt hielt am 16. Dezember seine Quälerversammlung ab. Vertreten waren 100 Mitglieder durch 19 Delegierte, 1 Revisor, der Zweigvereinsraatsvorsitz und der Bezirksvorstand, durch Kollegen Hempel. Den Gesellschafter- und Kaufberater, der den Delegierten gebraucht vorlegte, erhielt Kollege Tetzl, dabei herbeieilend, doch in mancher Rücksicht auf die Zeitfeier verzögert. Nachdem die Versammlung mit die Zeitschrift für Gewerkschaften, das zur Quälerzeitung geworden war, die Abrechnungen angeschaut, das nach neueren Wohnungen eingezogen ist, oder durch den Kollegen Tetzl gehoben werden müssen. Ganz besonders sei darauf zu achten, daß die zur Scheidleistung verpflichteten Kollegen sich sofort beim Vorstand anzumelden und den Militärschein abzugeben haben, um die Kriegsmarke in das Verbandsbuch stecken zu können. Die Münzfärberei betrug am 1. Oktober 1917 600, davon sind Mauter 293, Gemüterer 12, Stofftulpe 4 und Dörfsscheitker 29. Das Quäleramt liegt eingetragen 19, zugerechnet 7 und vom Militär entliehen 49. Mitglieder, Ausgliedler und ausgetreten sind 29, geistlichen 17, sonst geschiedene eingesehen 29, gescheitert 10, Wieder eingetreten 12, ausgeschieden 29, gestorben 13, Wieder ausgeschieden 13, insgesamt 56. Der Betrieb ist am 13. Februar 1918 um 12 umgezogen. Den Gewinnanteilen des Hauptgeschäfts B. 5030,65 steht eine Ausgabe von B. 500,10 für Krankenunterstützung gegenüber, die an 47 Mitgliedern ausgeteilt wurde. Die Einnahmen der Zweigvereinsfeste betrugen, mit B. 5127,81 Kostenabstand vom letzten Quäleral. B. 8890,71, denen eine Ausgabe von B. 2303,92 gegenübersteht. Den Gewinnanteilen der Rabattstellen mit B. 2353,14 steht eine Ausgabe von B. 512,93 gegenüber. Der Kostenabstand des Zweigvereins am 1. Oktober 1917 beträgt B. 4586,70, und der Gesamtkostenabstand B. 1542,94. In der Tislaufus ist wieder man die Unregelmäßigkeiten des Kollegen Delp, bei und beschloß gegen drei Stimmen, am 1. Januar 1918 an den Baubehörigen Beitrag, der bis jetzt in einer besonderen Marke getragen wird, einzutreiben. Der Vorsitzende schloß, daß das initiale Mitglied des Kollegen Hempel über die Verhandlungen, betreffend Erhöhung der Teuerungsabgabes, sich eine reine Zustimmung. Einigkeit war die Versammlung der Meinung, daß die vereinbarbare Abgabes lange nicht den jetzigen Teuerungsverhältnissen entspricht und die Unternehmer die Verantwortlichkeit tragen, wenn sich noch mehr Arbeiterkollektive den Baugewerbe entziehen und dort Arbeit nehmen, wo höhere Löhne angeboten werden. Es in Bewegung. Über die Aufgaben des Verbandsvorstandes referierte Kollege Delp, dabei herbeieilend, daß es Pflicht der Generalversammlung sei, das Statut der Zeit- und Lebensverhältnissen anzupassen. Wenn auch noch kein Entwurf des Verbandsvorstandes vorliege, so könne und müsse man sich mit dem in "Grundlinien" veröffentlichten Richtlinien einstimmen. Über allem eine Erhöhung und Aufdehnung der Unterstützung an das ganze Jahr ist die Abstimmung auf 50 Beitragszonen folgen. Einer Abstimmung der zahlreichen Grundsätze, über diese Frage bei unsren zum Decressien eingepassten Kollegen eine Uradhäsion vorzunehmen, könnte wegen der technischen und sonstigen Schwierigkeiten leider nicht entsprochen werden. Nach einer eingehenden Diskussion und mit dem Wunsche, daß der am 27. Januar 1918 stattfindenden Verbandsdelegiertenversammlung für rege Wahlteilnahme zu wünschen, wurden für den Wahlkreis Darmstadt-Alsfeldhausen vom Zweigverein Darmstadt die Kollegen Scheider, Grisebach und Delp-Darmstadt vorgetragen. Mit einem Mahnstraf an die Delegierten, das Geschäftsrat und Beisitzerstelle in die Tat umzutragen und an dem Aufruf der Organisation rege mitzuwirken, lobte der Vorsitzende Kollege Scheider, die Generalversammlung.

Ehen. (Zahresbericht.) Das Kreisjahr 1917 hat und viel Arbeit gebracht. Um die großen Fabrikanten des kleinen Kreises, die Wohnungsbau für die einzelnen Werke und das Verbandsgebiet in denen Behausende zu gewährleisten, mußte gearbeitet werden, zu fördern, wurden, entgegen den ersten Grisebachs, viele Arbeiter von der Militärbefreiung freigesetzt, um im Lande zu arbeiten, die Unternehmer ausländischen Arbeitern, belohnt, beraten, und, nach Hilfe, Kostenarten, waren das, was

berichtsfähig
s wohl aus-
sendere und
in Kollegen war unsre
Schwierig-
keit nicht für
ihm bei einer
mit ihrer
durchaus günstigen
bedeckt.
d im ersten
derzeit die beständige
Gefahr, welche durch
783 Raum-
zulässigkeiten
zu erzielen zu-
gelassenen Jahre
in dieser Zeit
die Gesamt-
zahl sich im
wieder ange-
nommenen
Kollegen
oder, die von
ihm es erklär-
te, nicht er-
halten bei uns
gebliebenen ent-
stehen. 8. Dezember

Der Bericht wurde ohne Entschluss
Dann berichtete Stoffel Bauer
des Verbandsrates, in München
aufzutreten. Bauerstedt hielt die
Lage für notwendig, weil nicht
von dem Verbandsrat erlebt werden
wollte, die Maßnahmen der
verbandsseitigen Art
Einführungstexten festzuhalten.
Doch der Verbandsrat führte die
stattfindende, sei jedoch notwendig,
Zügungswerte erhöht und
die Woden ausgedehnt werden
Organisation. Nach Erörterungen
die Aufstellung der Kandidaturen
eine lebhafte Aussprache statt.
aus: Der Verbandsrat werden
Schlechtingen bringen. De-
das Selbst bestimmen und
d in den Zeit je man so schlau
was im "Gemeinde" gestanden
die Vorlagen kommen. Es
kommen aus der Hauptstädte be-
hätten die Mitglieder nicht
Wollen, sondern nur die Angestellten
möcht werden, diesen, jenseits
Krieg mit durchgemachten hohen
fühlten. Es müssten Kollegen
vorstand fragen, was ist. Kollegen
der Verbandsrat schreibt die Vorlagen
nicht bekanntgegeben habe. Dazu

bei Privat-
familie festgesie-
tzt und belammt
wollte, zahllose Stunden
der Arbeitsverbandes
nicht erbaulich
verbracht werden
in ihren Räumen gesuchten.
Vorbehaltend
müssten wir
sicherlich, Dorf-
und Anpruch
die Firma
zählte die
Anzahl der
und von
Wohnungen je
wurden 15 A-
partments mit
15 ½ der
Familien ab-
gezweigt. Schätzungsweise
90000 in derselben
Zeit errechnet hat.
ähnliche Ver-
zweigungen
für den 1. Et-
geschossen dürfen,
es mit der
Bau zu hun-
dert Geschossen
verbreitern, den
der Firma

genommen werden. Ein Verbot halten werden; sonst mußte die Organisation die Angelegenheiten der Deutungszulage aufheben oder die Tropfziffernlinie. Eine Herabsetzung ist nach fürstlicher umständlicher Appelle Befreiung der Belegschaftslinie nicht ganz zu. Soviel wie zur Frage lämen, gehören diese Status vor Befreiung, oder der Belegschaftserfolg gewahrt, zwei angeht. Die dicke Bettlängt. Gegen die fast dreißigjährigen Siedler sei auch Einspruch erhoben vorstand habe ebenfalls eine artigen Zustandes gefordert; bis derung darf eingetreten. Der mäßigliche Vorbericht des Kollegen Abhandlungen auf der Zwischenhandlungen bei der Statutenverbandsschule erhoben worden, in daß die Belegschaft mit der Belegschaftserfolg in Hand an die niedriggestellten Kollegen in Einspruch erhoben, sondern die für diesen fordernende Auseinandersetzung tragen wollten und man ihnen beweisen mußte, daß die Beschwerden derjenigen nicht die Angestellten verhinderten, die Aufmäuerung der allgemeinen Freiheit wurde, es bisher in der Organisation höchstens Kollegen in die für demnach zuletzt liege es im Interesse die besten Kräfte in der Organi-

längerer Aussprache wurde die Auffstellung der Kandidaten
vergessen. Da Kollege Konrad empfohlen hatte, kein
Angestellter als Kandidat aufzustellen und Kollege
Wielig die Vorstellung zur Bedeutung empfohlen hatte,
wurde gegen die Auffstellung des Kollegen Konrad Ein-
spruch erhoben, worauf dieser auf der Vorstellungssitzung ge-
fragen wurde. Als Kandidat wurden dann aufgestellt:
B. Kleineide, D. Gutschow, H. Koegel, H. Lautensack-Mönch.

H. Blader und J. Möllig
Mannheim-Ludwigshafen. Am 22. Dezember fand die JahresGeneralversammlung des Zweigvereins statt. Der Geschäftsführer und Kassenbericht erzielte Kollege Eberle. Der Mitgliedsbeitrag fiel gegen den Vorjahr um 25 auf 100 Mark. In diesem Jahr, er beträgt gegenwärtig 93. Danach sind 641 Mannheimer, 103 Offenbacher, 51 Gemeindearbeiter, 21 Gipser, 11 Kfz-Mitarbeiter, 12 Hörster, 114 Erwerbsarbeiter. Im Auftrag der letzten Generalversammlung ist alles verlust wortlos, eine Lohnfestsetzung herauszuholen. Eine zu diesen Zwecken veranstaltete Befreiung beim Schifffahrtsamt Ludwigshafen zeigte sich schon von vornherein als ungünstig, weil der Vorsteher sein Berlinsland für beratlich hielt. Fragen hatte. Ein Vorstellungswesen bei der Kriegsmarinestation manchmal hätte insofern Erfolg, daß das Kriegsministerium aufdrängt an die Dinge, bevorstet in der Ausbildungsführung. Münden und andere Orte würden und jenen Einfluß beim Preisfestsetzen des Januar geltend machen. Die Verbandsleitung schreibt der Unternehmer fest, sie führt ein, daß die Lohnfestsetzung nicht ausreichend sei, ohne die Wettbewerbsfaktoren gebunden. Wenn dem, was durch die genannten Verhandlungen erreicht wurde, kann man natürlich nicht zufrieden sein. Während unsere Pfleistlerdienst nach allgemeinen Vereinbarungen mit eingeholten sind, muß man für die Polizisten besonders vorgegangen werden, weil sich in dieser Branche bezüglich Leistungszulage wieder überholzt ist. Von den Cipern hat noch niemand etwas hören lassen; sobald es der Wetter zuläßt, muß auch dort über die Zulage berichtet werden. Kollege Eberle befand sich noch bei Bauerbecker-Hütte und teilte mit, daß die bayerischen Bestimmungen verebietet, über die Bestimmungen in Baden vor dem Landtag verhandelt werden müssen. Inhaltliche Agitation ist die auf der Baustelle anzutreffen. Die nächstjährige Zeit soll mit einer systematischen und durchgeführten Agitation beginnen werden, wobei jeder Kollege mitwirken soll. Endlich bestätigte Kollege Eberle die Ratlosigkeit einer Rollenabstimmung am 10. Januar, die lediglich für die Hilfsfälzterer Verwendung finden soll. In der anschließenden Diskussion bestellten sich die Kollegen Zusman, Blumhoff, Günther, Schrein, Bus, Gund, Wagner und Schwahn. Als Redner sprachen sich im Sinne des Berichtsreferenten aus. Über den anstehenden Streik beschäftigt sind keine Diskussionen statt. Die Hauptfrage hatte im dritten Quartal eine Summe von M. 8307,65, die Rofakasse eine Summe von M. 16 570,66 und eine Ausgabe von M. 3476,75. Somit bleibt ein Rofakassenstand von M. 13 093,26. Gegen einen Stimme wurde beschlossen, die Rofakasse um 10 % die Wette zu erhöhen. Der Neubau-bericht bestätigte die Eröffnung der Kasse und den Bericht des Kassenprüfers. Nachdem wurde Kollege Gund zum Kassierer gewählt. Oberst Oberstabschef. Neben den oben genommenen Verbandsmitgliern trat Kollege Eberle. Als Kandidaten zum Verbandsrat wurden die Kollegen Eberle, Gund und Gund ausgewählt. Die Abstimmungswertung wurde bestätigt, im Sinne der Diskussion entschieden, um Verbandszug zu formulieren und zu stellen. Der Vorsitzende bestellte Kollegen, der das Opfer des Wehrmachtsgegengeschubs getragen worden ist, mit Rücksicht auf seine leid, wichtige militärische Dienstzeit.

Am 4. Januar starb in Mannheim der Metzger Philipp von Bauer, an einem Schlaganfall er auf der Arbeit erlitt. Mit ihm fiel ein Mann aus dem Leben, der in den Mainheimer Arbeiterschaften und in der deutschen Baurichterchaft nicht unbekannt war. Wenn er in den letzten Jahren weniger an die Leistungsfähigkeit trat, dann war das auf die Umstände und auf seinen geistigseitlichen Zustand zurückzuführen; was er den Generalversammlungen des Zweigvereins, was er immer vertreten und befehligte sich gern an der Diskussion. Am 27. Februar 1854 in Wiesloch an der Bergstraße gestorben, war es das Maurerhandwerk. Doch beendete Begräbnis bereits einige größere Städte Deutschlands und fand in Mannheim seine letzte Heimat. Für die sozialdemokratische Partei war er ein starker Verteidiger des Sozialstaates und gesetzes tätig. Die Stelle im Jahre 1888 leitete er in Mannheim, ebenso wie sein Sohn, der später auch Bürgermeister wurde.

München. Eine Mitgliederverammlung der Burschenschaften beschloß sich am 10. Dezember über die Ergebnisse der Verhandlungen über Gewerbeaufsicht einer entsprechenden Ausgruppe. Der starke Verfassungsbeschluß bewies die große Auferstehung der Kollegen an dieser Stelle. Alle Bauräte und Professoren forderten die Verhandlungen mit den Universitätsbehörden. In der anschließenden Diskussion bestätigten sich 15 Kolleginnen, die alle darauf hinwiesen, daß die bewilligten 15 Tagesarbeiten bei dem Betrieb durchaus ungenügend seien. Es wurde mit großem Nachdruck verlangt, daß die Verbandsleitung mit einer höheren Forderung an den Arbeitgeberstand herantrete. Gerade die Bauräte hätten infolge ihrer Beschäftigung im Freien mit erhöhten Auslagen für Schuhwerk und Bekleidung zu rechnen und müssten dafür genug enorme Preise zahlen. Um die berechtigten Forderungen Bauräder durchsetzen zu können, sei es notwendig, daß jeder einzelne seine ganze Kraft einsetze zur Stärkung eines guten Andenkens bewahren; die Gedanke sei ihm leicht.

Organization. Kollege Maier erklärte zum Schluß, es sei erfreulich, daß die Kollegen ein so lebhaftes Interesse an allen Organisationsfragen haben. Der Verbandstag wurde darüber entschieden, ob wir uns mit dieser Teuerungsauflage befassen wollen. Weiter wies er noch ein auf die Bedeutung der Arbeitgeberpreise. Es sei Ehrenspäßt dies Pausarbeiter, für die Arbeitgeberpreise zu werben. Als Delegierter für den nachstehenden Verbandstag sind zwei Kollegen aus dem Kreis der Gewerkschaften der Berufsschulen und einer der Berufsschulen der Mädchenschulen einzurufen. Als Kandidaten wurden durch Stimmzettel folgende benannt: Die Berufsguppe der Männer: Georg Gleinert, Peter Walch, Heinrich Maiwald; für die Berufsguppe der Haus- und Kinderschaffter: Franz Maier, Josef Mayr, August Ehrhardt.

Wiedau. (Jahresbericht.) Die Generalversammlung am 6. November lebte nicht so feierlich, wie es der Zeit entsprach. Das neue Geschäftsjahr nahm in jüngster Zeit einen Wintergang. Kollegen mit großer, oft auch im zehn Wochen dauernden Arbeitslosigkeit, keinen Anfang. Arbeitslosengesetz mußte unsfer Kollegen ausführlich einzuholen; dadurch entstanden unsfer Kollegen erhebliche Einnahmen. Während des vorjährigen begann die Nachfrage nach Arbeitskräften. Die höheren Lohnangebote lontnten nicht immer ausgerechnet werden. Das Höflichkeitsspiel und seine Handarbeit wurde durch den Schlüsselwortsatz bestimmt die Bauarbeiter in ihrer freien Bewegung. Bei Eintritt des Arbeitsmarktes in den Herbst sowie bei Eintritt des Kreises mit kleinen Vororten, die eine sofortige Entlastung gefallen lassen, wurden die Höflichkeitsspiele der Arbeitsplatzes durch das Höflichkeitsspiel bestimmt. Die Arbeitskräfte wurden auch hier gespielt, jedoch nicht ganz freiwillig. Der Zusatzerwerbseinkommen gehörte dem Deutschen Bauarbeiter gedenkbar nicht mehr an, jedoch nur, um sie der Bevölkerung, die vereinbarsten Zugaben nicht zu zahlen. Infolge Einwirkung der hiesigen Arbeiterziegelanstalten mußten die Unternehmer aber doch zahlen. Nach der Form, wie sie der Vorsteher der Arbeitsgemeinschaft Baumeister Albert Schild, dem Vorstehenden unserer Zweigvereine gegenüber benannte, als dieser vorstellte, wurde, daß die Leutergesetzungen nicht überall geahndet waren, in einem Beweis, daß unsere Unternehmer nicht überall die Einsicht vertragen, daß die Bauarbeiter höhere Lohnzahmen haben. Schmid forderte nun, gegen diese Worte, wie: "Es ist überwiegend die Unregelmäßigkeit, solche hohen Löhne zu fordern. Sie liegen übermäßig hoch, die höchsten Zugaben." Die Steigerung des jekigen Arbeitsleitermaterials ist viel zu gering." Auf den Hinweise, daß die Bauarbeiter im Gegenzug zu den Rüstungsarbeitern von jeder Extrabefreiung von Lebensmitteln ausgeschlossen sind, antwortete er: "Da müssen die Leute deutlich wissen." Er zog die Begriffe auch nicht; überhaupt wollte er keine Arbeit mehr annehmen. Auf die Frage, was er als Vorsteher zu tun gedenkt, da doch noch ein Bruttowert nicht mehr zahlte, meinte er: "Machen Sie, was Sie wollen!" Wir werden uns überlegen, ob wir fünfzig Prozent erhöhen oder überhaupt noch befriedigen wollen. Wenn unsere Bauarbeiter reichlich bezahlt werden, so werden wir ihnen das geben wollen, daß die Belohnung der Arbeit zu den Löhnen von den Arbeitgebern reichen kann. Die Hoffnung haben wir, daß die Belohnung der Arbeit zu den Löhnen am 10. Dezember mitteilt, daß die Begriffe eingehalten werden. Unter Vereinsangelegenheiten war mitgeteilt, daß vier Kollegen nach ihrer Entlassung von Militär derer Verbänden nicht wieder berufen würden. Die ungünstige Ernährungswelle hat auf den Gewerbeaufstand großen Einfluß. M. 21.10.70 wurden für Granatenunterstützung ausgegeben, für Sterbegeld M. 540 und für Arbeitslosenunterstützung M. 119.35. Da die Leutergesetzungen nicht glatt geahndet wurden, waren die Ausgaben für die Leute höher als früher. Liebesgeld an später eingestellten Freiwilligen. Sie gebrauchten die Grundsteinverträge, die gestellten Preisen. Am 1. Januar 1935, durch Erhöhung unseres Lohnabfalls, die in der Lofatsche stand, der Lofatsche auf einer jekigen Höhe, die möglichst niedrig war, auf die letzte, gut befürchtete Bereinigungsmenge wurden bis auf weiteres bejorft von Hermann Berger, M. 3065,70 an die Hauptabfalle gesandt. Die Ausgaben der Lofatsche betragen M. 3904,26, der Stand der Lofatsche M. 14.257,10. Mitglieder hatten wir zur Jahresfrist 1917 243, davon waren 12 heitagsfrei. Die Gehaltsabfalle bis auf weiteres befjorft von Hermann Berger, M. 11 Silberhof 6 (Vorsteher), und Otto Högl, Münzenstraße 4, (Ablieferer). Bereinigen wollten wir noch, doch es nicht möglich ist, unsern zum Heute eingezogenen Mitgliedern die in den "Grundstein" regelmäßig aufzugeben. Wir bitten Sie, den "Grundstein" durch Ihre Angehörigen in ihrem früheren Postkasten abholen und ihn durch die Post weiter zu leiten.

Zur Neuordnung unseres Verbandes.

Der Verband soll Mittel und Wege schaffen, um seinen heimtsinnenden Mitgliedern das wirtschaftliche Durchhalten in der Übergangszeit und später zu erleichtern. Da die Gewerbe jedes sozialpolitischen Fortschritts erheblich immer frischer und dringlicher ihre Stimme für eine Reformierung der Wirtschaft in ihrem Sinne, um uns dann Freiheit wieder zu entziehen. Unsere Gegner, die den aufstrebenden Arbeitgeber nicht vertragen, die Reichs-, die Bundesstaaten- und Gemeinden in der Führung der Arbeitslosenunterstützung einbezogen, werden will der Verband eingreifen. Wege der Reichtum gefordert sein lassen, daß die Gewerkschaften nicht dazu da sind, diese Blößt abzunehmen. Der Staat hat darüber zuwischen, daß das Nationalversöhnung, die Hebstiftsstift jedoch eingehen, nicht verflümmert, sondern gehoben wird. In einem neuen Wirken und Schaffen. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung hat zweifelssohn dazu beigetragen, unser Verband zu stärken. Wegen die weiteren Einrichtungen, die getroffen werden sollen, unser Verband bei dem Stampschreiber nicht nehmen. Die Beitragszahlung könnte auf 52 Wochen ausgedehnt, der Beitrag in jeder Stufe um 10 % erhöht werden. Gegen diese Erhöhung würden die Kollegen meiner Ansicht noch wenig einzutreten haben. Für die älteren Kollegen eine bis weitesten Stufen eisichtigen. Den alten Veteranen gefügt durch das Zeihen dieser Stufen in der Unterstüzung einer

nicht gewolltes Unrecht. Die Krankenunterstützung, ebenso wie eingekauftes Ersatzgut, würden die Kosten der Betriebsmittel auf die gleiche Höhe und die Arbeitsleistungsermittlung anstreben, um die Kosten zu begrenzen. Eine Anwendung der Arbeitsleistungsermittlung auf 12 Wochen auszudehnen, würde die Anwendung der Arbeitsleistungsermittlung auf die Monate Januar und Februar würde einem bei Wünsche der Kollegen Rechnung getragen. Sollte es möglich sein, so wäre wenigstens in einem dieser beiden Monate die Arbeitsleistungsermittlung zu ziehen. Der Vorschlag der Kollegen ist jeder Unterstützung die Weitläge befähigt, sehr ist ich mit dem Vorschlag einverstanden.

unlösbarer und unveränderlicher Zustand.

Drei wichtige Punkte stehen jetzt zur Diskussion:
Ablösung eines Verbandsbezirks, die Fortsetzung der Arbeitslohnunterstützung im Feld und die Beitrags-
erhöhung. Es ist zu erwarten, daß ersterlich gründlich
diskutiert werden wird. Auch die eingesogenen Kollegen
möchten sich freilich ausdrücken, wo beweisen ich, daß wir
nunmehr können, daß der Krieg zu Ende ist und dann
einen Verbandsbezirk abholzen. Freilich wäre es für
den Verband besser gewesen, wenn alle Kollegen im Feld
in Versammlungen darüber aufzusprechen kämen. Aber
ich bin dafür, daß der Verbandsbezirk stattfindet. Dann
würden die Kollegen, wenn sie aus dem Feld zurückkehren,
alles geregelt vorfinden, was sie in der Gesamtunter-
stützung notwendig erachten. Zur Arbeitslohnunterstützung
ist zu bemerken, daß sie für den Verbandsbezirk
denn auch; ebenfalls muß eine Erhöhung stattfinden.
Die Delegierten haben sich darüber einigen können, daß im leichten Verband
abgesehen von der Arbeitslohnunterstützung gestimmt
wird, für uns nicht weit genug ging. Mit der jetzigen
Unterstützung auszukommen ist unmöglich, zumal nach
dem Kriege große Arbeitslosigkeit vorhanden sein wird.
Die jetzige Zustand würde den Unmut der aus dem Feld
zurückkehrenden Kollegen erzeugen. Wenn wir eine
Erhöhung der Unterstützung vornehmen, so ist es auch er-
deutlich, eine Erhöhung des Beiträge vorzusehen.
Erhöhung der Beiträge ist in dem jetzigen Statut so
regelt, daß, wenn eine Erhöhung des Tariflohnes so
geschieht, daß der Beitrag von Jahr zu Jahr um 10% ansteigt.
So hätten wir, ganz ungefähr, einen Beitrag von 150,- Pfennig.
Die Kollegen sehen die Steuerungsverordnung nicht als
Erhöhung des Tariflohnes an, mithin könnte auch die
Erhöhung der Beiträge hinfüre nicht feststellen.
Doch dies ein unzulässiger Aufstand ist, muß sehr einleuchtend
um auch die Stimmungen der im Feld befindlichen Kolle-
gen zu hören, möchte ich vorvorschlagen, eine provisorische

Bestimmung in diefer beiden Fragen vorzusehen, so der Verbandstag entsprechende Beschlüsse fassen kann. Die demokratische Fraktion muß auch im inneren Verbande bestimmt werden, ob der Verbandstag und das Komitee handhaben, um mindestens allein wichtigen Fragen zu erledigen. Die Friedensbeschleunigungen in Altbayern geben uns ein Beispiel dafür. Die Mitglieder, die zahlen, werden auch geachtet werden. Auch hier heißt es, nicht zu geringe Preise zu fordern. Über auch den sozialen besonders den aus dem Felde reüssierenden, ist empfohlen, sich mehr im Werbene zu betätigen und nur anglistisch zu sein. Mit der Verlängerung des Tarifvertrages auf drei Jahre kommt es doch einwändig, da dann Hoffentlich alle Soldaten aus dem Felde häufig einer Neuregelung des Tarifes beitreten können.

商

Wie wichtig die Neuordnung für unsern Verband beweisen die bereits eingelangten Artikel. Es ist mit Weisheit anzunehmen, daß diese Frage noch weiter erörtert wird. Doch doch die Verhältnisse der Bauarbeiter in Deutschland so verschieden, daß wir je leicht zu einer gläubigen Lösung dieser Angelegenheit nicht gelangen werden. Auch ich will meine Erfahrungen preisgeben. Ich will ja denken, daß ich vor jeder ein entscheidender Beitrag leisten kann. Ich finde, daß der Mannschaftschein durchaus fehlt (der wird ja von den Betriebsräten aufgestellt werden), auch nicht, daß die Bauarbeiter-Unterstützung nicht hätte, sondern deshalb, weil eine ganze Reihe Uneinigkeiten in unserer Reihen zwischen den darin begründet, daß die Unterstützung teilweise niedrig war, teils ja Untreue angewandt wurde. Die Mängel zu beheften, muß daher unter Aufsicht sein. Hauptziel ist jedoch, die uns noch bestehenden Organisationen zu pflegen. Ob uns dies gelingen wird, ist die Zeit zu sehen. Die Straße und Gemeindefreigesetzgebung sowie die Unterstützung in Kronstädten und Todesfällen müssen mindestens um ein Drittel erhöht werden. Es ist selbstverständlich, daß sich demnach auch der Verdienst erhöhen muß. Zur Erwerbsförderung ist vorgesehen. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die meist ländlichen Kollegen auf Unterstützung deshalb verzichten, weil es ihnen erstens so umständlich, wenn nicht unmöglich ist, die ihnen vorgeschriebene Kontrolle zu passieren, zweitens, weil sie zu Hause bei geringer Tätigkeit immer auf denselben Verdienst kommen, den die langjährige Belegschaft in den Wintermonaten dem Bauarbeiter einbringt. Es ist daher begeisternd, daß unsere Landkollegen den Wagen erwarten können; sie ziehen nach der Heimat, gleich, ob die Arbeit läßt oder nicht. Sie sind erwerbstos, und es müßte gerechtfertigt die Unterstützung in Anwendung kommen. So kann dann deshalb nicht zogen werden, weil an ihrer Stelle andere Kollegen in längerer Arbeit behalten. Wird nun die Arbeit in den Wintermonaten (denn um diese Zeit ist's wohl) vollständig gestoppt, so ist noch immer ein gewaltiger Unterschied zu dem Land und Stad. Während in der Stadt leicht die Werbung in Ordnung machen, sola gestellte aufzu, bringen die ländlichen Kollegen ihr Land oder das Dorf. Sie sind häufig beide beschäftigt. Nur der geographische Umstand erlaubt es denn einen, der zur Kontrolle zu überwerfen, vielleicht innerhalb einer Stunde, während die anderen Kollegen auf dem Lande arbeiten.

nen, es mügte dann sein, daß noch Kriegsschulz eine einzige Schule für ein Jahr einzettet, wos wohl nicht anzunehmen ist. Unter diesen ist nicht vertreten, daß abermals der Vertrag erneut und defensiv Kriegszug auf das ganze Jahr ausgedehnt werden muß. Sie glauben, und zwar mit Recht, den Unterschieden lieg auch für den biszügigen Beitrag nichts zu lassen. Also in beiden Fällen ist es schwer, den Unterschieden kommenden Kollegien gerecht zu werden. Die Ausdehnung der Erwerbslosenunterstützung muß daher gesondert geworden. Wollen wir ein einzelnes Mitglied dadurch unterstützen, müssen wir anderseits den Ausstieg aller Kollegen aus dem Verband verhindern. Ich möchte empfehlen, den Unterstützungsbeitrag bei Erwerbslosigkeit auf freiwilliger Basis aufzubauen, und damit die Sache folgendermaßen zu regeln: Sämtliche Unterstützungen werden um ein Drittel erhöht. In Krankheitsfällen ist keine Karantäne einzutreten, die wird wie bei den gelebten Beiträgen gereicht. Gemeinschaftsunterstützung muß eine eingeschränkte Unterhaltung unterzogen werden, vorerst ist noch nur an einer Stelle des „Gesetzestextes“ eine entsprechende Vorschrift vorgesehen. Der Verbandserhaltung erüthrt ferner der Beitrag durchweg um 20 Procent. Auch der zu fließenden Beiträge wie bisher bleibt es. Bei Arbeitslosigkeit wie oben erwähnt. Alle diese Kollegien, die sich hierin versetzen wollen, haben einen Extrabeitrag von 50 % zu zahlen, und zwar das ganze Jahr hindurch. Darf erhalten sie wöchentlich, auch in Wintermonaten, 12 Unterhaltung. Die Auszahlung der Unterstützung beginnt ein halbes Jahr nach Inhaftierung dieser Bestimmung. Es ist eine achtjährige Karantäne aufzusetzen, während der sich der Betreffende zu wenden und vor der Zahlung des Verbandsbeitrages befindet. Im übrigen ist die Hälfte des Beitrages zu entrichten. Die Unterhaltung in Abzug zu bringen. Die Unterstützung ist für alle Kollegen, die sich die Kollegien mindestens ein Jahr als Mitglied sein und 52 freiwillige Beiträge gezahlt haben. Hat nun ein Mitglied 75 freiwillige Beiträge gezahlt, so erhält sich seine Unterhaltung in Abzug gleich 18. Sie tieft sich bis zum Schlußbeitrag um 20 in der Woche. Um letzten Zolle würde eine abholpflichtige Mitgliedschaft in Frage kommen, und es werden 442 freiwillige Beiträge erforderlich sein. Ein Mitglied wolle neue Beiträge Unterstützung besorgen, muß erzt wieder 52 Beiträge zahlen, um wiederum Unterhaltung zu erlangen. So oder ähnlich wird es möglich sein, die Organisation auf die Höhe zu bringen. Jetzt weiter, daß dieses Schemas wieder stets Gegenstand einer einflussreichen Diskussion bleiben. Ich glaube zweckmäßig zu dürfen, wenn Kollegen es für notwendig hielten, noch eine Art Vorschrift für die „Gesetzestexte“ einzutragen, welche die Ausdehnung der Unterstützung ist für die verstreuten Kollegien: Es muß jeder Chefraat und jeder verstreute Kollege die Möglichkeit gegeben werden, auch für sich durch einen niederen freiwilligen Beitrag (20 % wöchentlich) ihr Sterbegeld zu sichern. Ich möchte zu empfehlen, ein dementsprechendes Blatt herauszugeben, das die Güterreihen des Bilwens und Bilwens vertritt. Kollegen in feiner würdiger Weise unserer verstorbenen Kollegien einen freuen Andenken bewahren. Ich möchte ergänztlicherweise hinzufügen, glaube ich nicht bei der herkömmlichen Formulierung zu brauchen.

Der Artikel über dieses Thema in Nummer 4 „Grundstein“ ist meines Erachtens nicht dazu angebracht, darüber ausgiebig zu gestalten. Darauf darf sich unfehlbar Gedanken, wieviel die Unterstüzung in Zukunft noch erhoffen, und wenn, wieviel Erfolg sie dabei überzeugen will. Einzelheit man legt aus den Vorfällen derartige Vorwände? meiner Erfahrung nach viele Vorwände meistens völlig unbegründet und ohne das Allgemeinbedürfnis der genannten Bandstreile zu berücksichtigen. Es ist ja ohne weiteres klar, daß für die Erhöhung der Unterstüzung das Verbandsfotogesetz ist. Wollen wir die Kaufkraft des Friedensangebotes zugrunde legen, müßten wir eine Doppelung der Fäste für Unterstüzung feststellen. Auf Bevestigung dieser Aussagen heranzubringen, die Vorstand verschiedne Wege offen. Einmal die Zahlung für das ganze Jahr, wodurch man normalerweise 44 Beiträge pro Mitglied rechnen kann. Wenn man dies auch in die jüngsten Statut, den Wochenbeitrag von Unterstüzung obsetzt, werden sich die Einnahmen günstiger gestalten. Diesen Maßnahmen beizubehalten, hat noch andere Vorteile. Das Freimarkenwesen würde einen Bruchteil eingedämmt. Durch fortlaufende Kontrolle der Bilder überprüft werden. Der Beitrag die Ausdehnung der Beiträge und der Unterstüzung auf das ganze Jahr zur Ausfüllung einer lädenlokalen Beitragsleistungsfähigkeit wesentlich bei. Zur Einführung Reichsarbeitslosenversicherung sind solche Statistikfeststellungen notwendig. Das bisher veröffentlichte Zahlenmaterial der Gewerkschaften, wie auch kommunale und Haushaltsgewerkschaften hat meines Erachtens die Arbeitslosenrate so rosa erscheinen lassen, was nicht im Interesse der Bevölkerung steht. Die Durengabe der familiären Belastungen in Zukunft nicht mehr als drei Monate auf Anrechnung zu bringen, ist ebenfalls ein Vorschlag nicht. Die Verteilung sollte bestmöglich sein. Ein wichtiger Vorschlag ist auch derjenige, die Einnahmen wie möglich zu gewahren und die dem Felde Sehenswürdigkeiten in die Nutzierung der Bevölkerung zu sehen. Eine vorläufige Verteilung ist darum wendig, zumal man nicht weiß, wie die Übergangszeit schaft in den Frieden der Regierung gehandhabt wird. Wir dürfen annehmen, daß die Regierung die Sicherung des Arbeitsmarktes entschließen wird, damit eine hohe Arbeitslosigkeit vermieden wird. Aber nicht weniger ist ein guter Mittellust des Sehenswürdigkeiten Verband ein Beweismittel von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Nachdem die großen Tafelveranstaltungen ohne nennenswerte Opfer durchgeführt werden, kann ohne weiteres die Mittel großzügiger für Unterstüzung verwendet werden. Der Kampftag wird dadurch nicht beeinträchtigt. Aber auch in den kommenden Zeiten darf

zung und Produktion auf Wirtschaftssubjekten wird Schadung und Ausperrungen in größerem Umfang nicht vertragt werden können. Werden somit Kämpfe in Form von finanziellen Beiträgen des Verbundes nicht mehr möglich sein, dann kann man das Unterstützungsproblem nicht allzu leichtig zu bearbeiten denken. Zu allen aber ist es auch eine Erhöhung zu beobachten, die allerdings nur der Verschuldung vornehmen. Ob die augenblicklich in der Gesellschaft befindlichen Mitglieder und diejenigen, von ihnen finanziell vertreten werden können, kompetent sind, um diese Verpflichtungen zu erfüllen. Aber will man die Neuordnung der überregionalen Wirtschaftsförderung, die durch ihre erprobungswerte Leistungsfähigkeit eine direkte Berechtigung und den Wahlkreis nicht leichter nehmen kann, bald zufrieden kommen lassen, so muss man sich über diese Bedenken hinwegsetzen. Man könnte eine Urtümliche in Vorhabe bringen, aber die im Geiste Seines Willen würden von ihr auch nicht zeitlos erfüllt werden können. Ich hoffe wenigstens, dass auch die jetzt an wahlenden Delegierten das Interesse sowohl der dagegen befindlichen als auch der im Geiste stehenden Kollegen berücksichtigt werden wird. Seien die Befürwortenden versichert, ich mache denn keine Handlungen in bezug auf Wirtschaftsförderung, die Arbeitnehmer wirtschaftlicher wie auch politischer Art von uns und für uns mehr kritisch beleuchtet werden. Ihre Wirtschaftsförderung wird in Zukunft ihre heile Absicherung sein, unter Tatsachenbasis und die Dauer in der jetzigen Gegebenheit ggf selbst ein Witz, wenn ich nicht zu bestehen. Gewiss in jener Weise, die der Wirtschaftsförderung damit beigebracht, aber unter jeder Voraussetzung wenig daran ändern können. Gähnend daran kann nunmehr Geist mehr denn je mit dem geschäftsmäßig und wirtschaftlich notwendigen Bandungsspruch werden, dann auch in Zukunft das Pöbelnische für und gegen Wirtschaftsförderung treffen. So wir's Gott, aufrichtig für und gegen Wirtschaftsförderung.

Die erweiterte Verbandsleitung, Vorstand und Beirat sich nun endlich bewegen gefüllt das Mitgliedepalament einzubeufen. Mir hat es mich sehr gefallen, die Gesellschaft aufzutragen, und diese haben sich in den letzten Tagesstunden befreit, daß der gesamte Vorstand allzuviel er gängige demokratische Geist entstammt und es nicht gelingt, die Mitglieder im Lande einzuführen. In den ersten Kriegsjahren mag dieser Weg ja der praktisch ganzheitlichen gewesen sein; doch heute wird niemand mehr bestreiten wollen, daß wir durch den robusten Umsturzler Krieg Verhältnisse geändert werden sind, die wie ein Sturm und uns umbringen. Wie stehen in den Krägen Staatsburgerschaftsreden, der Volkswohlfahrt steht und in dem hoffentlichen bald kommenden Zeit der Friedenskulturwichtigkeit, der Sozialpolitik, der Lohn- und Tarifpolitik vor so großen ungewöhnlichen Aufgaben, die mit Lösungen durch alle Glieder der Organisation lebendig zu machen nötig wären. Man darf mir noch nicht sagen, daß es leicht ist, ja manchmal nicht möglich überzeugen, wenn diese heile geschichtliche Wahrnehmung kommt, daß eine Kulturbildung unbedingt geworden ist. Ich schließe die Erörterung hiermit, und auf dem Landentreffen gehalten zu haben, in all den vielen Fragen, mit denen sie so eng verknüpft ist, da sie nun weiß. Auch sie die Grundlage eigener Stellung im Volkskörper erkannt und erachtet müssen. Tausende von ihnen aus vorgeschobenen Positionen Forderungen und Wünsche von und richtungswise nach oben und unten zur Gelung bringen. Es wird sich also gelöst und gezeichnet, daß die Machthabenden zwischen Kapital und Arbeit sich gewaltig zu unterstreichen versöhnen haben. Dort die Riesenmanufaktur Gewinnen und Baderprofiten, und bei uns die Massenarbeiter – die Gut und Übel an dem Altertum des Landes gefragt haben, vor dem Nichts. Hier der Mittel gefunden zu haben, wo er eingehen kann, wenn zum Sturm gebaut ist. Vieles Wolligen wittert immer, unter falscher Beurteilung der wissenschaftlichen Verhältnisse, auf unsere Unterstellungen, und schonen den Kampfschreiter der Revolution, in jenen Mitgliedskreisen, die einer Schrift der Beiträge abhold sind. Denen muß gezeigt werden, daß der Streit als schlecht, aber auch jenseits Mitteln seien, und daß zweitens bis zum Auslösen des Schlags zu jander brache Kollegie, den den Wunden vorbereitet dem organisierten Unternehmer auf Strede gewirkt wird. Das gilt für diese Gemeinschaften einztritt, eintretenen als bisher, ist unter Maßstättigung der eintretenden Gedanken selbstbewußt. Wenn sie doch die Sache des Kreises der Arbeitslosen und der Arbeitslosigkeit auf sich nehmen, und die Mitleid, die durchweg von uns allen kommt, daß erst die Familien, die durchweg von Hand in den Mund leben, in hinterste Not geraten. Keine gesetzliche Wirkung wird dieses Entgegenkommen auf unsere Freuen haben. Erhabne Leistungen in Unterstützung erfordern erhöhte Opfer an Weitern Strebungen liegen uns, wegen unseres Anspruchs auf Steigerung der Arbeit und des Lebens, der der Selbstbehauptung nach Berlin hin. Doch liegt uns als die Opfer der dritten Rüstung in der Brust, und wir werden zu denungen den Staat verantwortlich zu machen. Doch wir müssen ja auch die sozialen Arbeitslosenfürsorge und Förderung der Arbeitsvermittlung. Über die Berliner Versammlung des Sozialvertrags kam der Verbandstag fast eine Einigung, nicht mehr treffen. Unsere Zustimmung zu ihm bei aller Anerkennung des Abgerungenen, trok nicht weiter gehenden Wünsche, nur noch eine Formular bestätigte konnte kaum anders gehandelt und mehr zu werden. Dies kann uns aber nicht beirren, die Arbeit

ied Streits
vertragtes
keit die
braucht
lich zu be-
hauptung der
status kann
die augen-
ter und da-
fin, kann
endung der
angenehme Ab-
nicht teil-
man sich
eine Arab-
ische Schein-
dungen können.
Zusammenfes-
tenden Dele-
gationen wie
en werden.
nen je die
Arbeiter in
und fer-
i darin zu
g sein. Da-
Bigen Ge-
Gewalt wird
unter den
nen. Städte
a gesellschaft-
schein. Wie
für unsre
Soldat.

pital, die Arbeitskraft und ihre Bewertung handelt, nicht bringen. Dass wir an der Hebung der Basis und der Sichererstellung unfeierlicher wirtschaftlichen Stellung in der Welt sehr stark interessiert sind, dürfte wohl jedem einleuchten. Auch der erweiterten Anwendung der Maschine zur Verbesserung und Steigerung der Produktion können wir und nicht entgegenstehen. Doch möchte ich davon warnen, recht eindeutig, warum, das man in der Intention des Maschinenbaus auf die Arbeitssicherheit und den Schutz der Arbeitnehmer nicht verzichten darf. Es ist eine Art von weitsichtigen Überlegungen, aus welchen Gründen die Arbeitssicherheit in einer Weise zu gestalten ist, die die Arbeitsaufgabe und die Arbeitszeit nicht beeinträchtigen kann. Die etwa auftretenden Debatten in dem Sezessionsrat der Niedersächsischen Akademie für Pädagogik und die Aktionen der Gewerkschaften können hierbei eine gewisse Rolle spielen. Eine eindeutige und zwingend in verbindlichen Rahmen zu leisten. Uneinigkeit muss unser Einfluss auf die Gestaltung unserer außentümlichen Lebenslage hemmen und die Aktionsfähigkeit schwer beeinträchtigen. Das möchte ich auch schliessen meiner Betrachtung über die Aufgaben des Verbandstages zur weiteren Stärkung des Verbandes noch einmal den Gedanken aufdringen, ob es nicht ratsam wäre, die gesetzliche Verordnung, welche uns zum engeren Anschluss an den Deutschen Bauernverband zu bringen. Meiner Meinung nach habe ich dabei den Verteilungsvertrag, mehrerer im Auge, der doch als Verteilungsvertrag keinen vielen Jahren Seite an Seite mit uns arbeitet. Vielleicht dürfte diese Anregung auf so viel Gegenliebe stoßen, dass ein späterer Verbandstag oder eine Abstimmung der Mitglieder den Gedanken verwirklichen könnte. Denn die Zusammenfassung aller Kräfte wird notwendig sein, um das einzige so solide Gebäude der Organisation in alter Städte wieder erheben zu lassen zu Schutze und Wehr gegen einen übermächtigen Gegner.

Philipps Eislein, Köln a. Rh.

Sam Sam

Bdm Bau.
sk. Die Gefahren der Hängegerüste. (Urteil des
oberlandesgerichts Celle vom 7. Juli 1917.) Vor
heriger Zeit hörte ein Hängegerüst aus einer Höhe von
in herunter, das unter der Halle des Hauptbahnhofes in
Hannover angebracht war. Von den Stufen auf dem Gerüst
bestehenden Märschen wurden durch sofort gefüllt, die übrige
stetigen schweren Verletzungen. Unter diesen befand sich auch
Waltergebütt W., der beide Beine gebrochen hatte. Er
war an diesen Verletzungen, und seine Witwe und Tochter
verklagten den Unternehmer, der das Gerüst gebaut hatte,
auf Schadensersatz. Sie erinnerten ihm Schätzhaftigkeit vor, da
das Gerüst nach einer solchen Verletzung nicht mehr ange-
wandt habe. Das Landgericht Hannover er-
hielt diese Ansprüche zur Hälfte dem Grunde nach für
erschreitig an. Der Unfall, so führte er aus, hätte verhindern
werden können, wenn die Bretter des Gerüstes an
den Unterlagen befestigt und diese untereinander durch
verbümmelnde gewesen wären, oder wenn eine
Festreibung mit Ketten angebracht oder in anderer Weise
eine austreibende Versteifung des Gerüstes in sich
gebracht worden wäre. Darin, daß dies unterlassen wäre,
liege eine grobe Fahrlässigkeit. Anderseits auch der getöteten
Frau schätzhaft gehandelt, da er sich mit sechs anderen
und der Brüderin des Getöteten beschuldigte sei.
Die Falle wurde eine Schätzhaftigkeit des bestellten Unternehmers
aus der Gründen der Korruption zugeschrieben,
aber auch eine solche des verunlänglichen W. Denn dieser
sie darauf bekräftigen, daß das Gerüst eine Belastung
seiner Personen zu tragen imstande sei. Nebenbei be-
steht seine Gewissheit darüber, ob W. als einer der letzten
als leichter das Gerüst betreten habe. Dafür sei den
ger in vollen Umfang gestatztgewesen. Es waren der
Vater und ihre Tochter außer andern Verträgen ein
Konkurrenz von M. 25 zugeschrieben. Ein Teil der klagen
Forderungen trägt die betreffende Beurkundung

gemaakt wurden. Die Alkoholstodesfälle im besonderen haben sich hier in den Jahren 1912 bis 1916 in folgender Weise vermindert: 68, 53, 64, 37, 25, und zwar im wesentlichen bei den Männern — die Frauenzahlen sind fast gleich geblieben, sind aber zu klein, um irgend schlüsse zu ziehen.

kräftig zu sein.“
Wir wollen selbstverständlich nicht bestreiten, daß der Mangel an alkoholischen Getränken sowie deren Preissteigerung heft auf die Alkoholgetränke- und Geleßtwarenseiten einen günstigen Einfluß ausgeübt haben. So viel kann von dem heute als „Alkohol“ zum Verkauf kommenden Geschäft in der Tat kein Arbeitnehmer trinken, daß er davon eine Alkoholgetränkung zu befürchten braucht, und andere Personen als Arbeitnehmer sind in der Regel bei Ortsfrankaturen nicht versichert. Aber es heißt doch gegen offenkundige Erfahrung, daß kein Mensch ohne Rücksicht auf eine allgemeine günstige Wirkung der Kriegslosot schlafen will. Heute muß schon jemand gewiß höher frant sein, bevor er einen Tag in Anpruch nimmt; einmal, weil heute der Lohnsatz seiner Krankheit weit höher ist als vor dem Kriege, dann aber auch, weil heute der starke Mangel an Arzten und Apotheken das oft recht wenig liebenswürdige Aufstellen mancher Arzte von ihrem Besuch abschreckt. Die Folgen dieser Dinge werden sich nach dem Kriege zeigen. Schließlich darf man auch nicht vergessen, daß die Erneuerung von 1916 und 1917 mit der von 1915 nicht zu vergleichen ist. In diesen Jahren wird die Statistik wohl nicht mehr „eine erhebliche Abnahme der Sterblichkeit in allgemeinem“ ergeben. Es folge, mit den offenkundigen Tatsachen in Widerpruch stehenden Behauptungen den Unternehmern sehr leicht die Begründung für Lohnherabsetzungen liefern könnten — wenn die ungerechtfertigte Kriegslosot gefürchtet worden wäre, läge es doch nahe, sie dauernd beizubehalten —, so müßten wir von ihnen hereinreichen Einfluß erheben.

Gemeinschaftliches

I. K. **Das Wachstum der Gewerkschaften.** In einer abfördig auf das Jahr 1917 teilt das „Korrespondenzblatt“ der Gewerkschaften mit, daß vom ersten Quartal 1916 bis zum 1. Januar 1917 die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 497 564 auf 1 204 706 gestiegen ist. Das entspricht einer Zunahme von 254 700 oder 26,8 p. 100. Auf die weiblichen Mitglieder stieg dabei von 185 000 auf 55 000, eine Zunahme um fast zwei Drittel. Aber nicht nur die Gewerkschaften 118 895 weibliche Mitglieder neu gewonnen, nahmen sie trotz der fortwährenden Erschöpfung durch den Kriegswirktzustand von männlichen Arbeitskräften doch um 135 311 männliche Mitglieder zu. Die Kräftigung der Gewerkschaften eröffnet den Arbeitern und Angestellten ausreichende Aussichten, auch nach dem Kriege ihre Interessen ausreichend wahren zu können.

Soziales.

Der Einfluß der Kriegszeit auf die Gesundheit der Bevölkerung. Menschen, die mit offenen Augen durchs Leben gehen und die Dinge sehen wie sie sind, können unfehlbar darüber im Zweifel sein, daß unsere ungerechte Kriegszeit, im ganzen genommen, keinen guten Eindruck auf die Gesundheit der Bevölkerung hat. Darüber sollten noch zweierlei Meinung insbesondere die Ärzte nicht im Zweifel stehen.

Wenn erst der Krieg zu Ende ist, wird man darüber dann mehr recht unerfreuliche Dinge erfahren. Trotzdem ist es immer noch Ärzte, die eine Verbesserung des Gesundheitszustandes als Folge der Kriegszeit behaupten. So selbt die Zeitungskorrespondenz des Deutschen Vereins an den Weinbrauch schlägt Getränke:

Bücher und Schriften.

Enseignes

Sbziales.

Der Einfluss der Kriegslosf auf die Gesundheit der Bevölkerung. Menschen, die mit offenen Augen durchs Leben gehen und die Dinge sehen, wie sie sind, können ungern darüber im Zweifel sein, daß unsere unguruhende Kriegslosf, im ganzen genommen, keinen guten Einfluß auf die Gesundheit der Bevölkerung hat. Darüber follegen nach ihrer Meinung insbesondere die Arzte nicht im Zweifel. Wenn erst der Krieg zu Ende ist, wird man darüber in mancher rechtfertigender Weise erfahren. Trotzdem ist es immer noch Arzte, die eine Verbesserung des Gesundheitszustandes als Folge der Kriegslosf behaupten. So stellt die Zeitungskorrespondenz des Deutschen Vereins den Wohlstand geistiger Gebräuche:

„Über den Einfluss der Kriegslosf auf die Gesundheit der Bevölkerung kommt Goh. San.-Nat. Professor Dr. Schenkel, Breslau, in einem Artikel in der Frankfurter „Amschau“, Nr. 48 dieses Jahres, auf Grund von statistischen Berechnungen zu einem günstigen Ergebnis. Die Kriegslosf befomme trotz des für den Laien und den oberflächlichen Bild gegenständigen Scheins im ganzen recht gut, und den Rahmenaufstellungen der etwa 120 000 Mitgliedern des Breslauer Kreislandstags sind von 1914 auf 1915 die Krankheitsfälle achtzig pro mille ein volles Drittel zurückgegangen. Ein ähnliches Bild bieten die Zahlen des breslauer Statistischen Amtes in einer eindrücklichen Abhandlung der Sterblichkeit im allgemeinen, wie einiger wichtiger Krankheitsgruppen im beobachteten, namentlich der Jahren 1914, 1915 und 1916. So zeigt sich z. B. im Falle der Kindersterblichkeit, soweit der Altersdurchschnitt berücksichtigt ist, eine Todesfälle an „Malaria“ sind sogar um 70, die außerordentlich hohen Gesamtsterbungen um 85 v. G. gehin- den. In dem Fall von Säugertum ist in den beiden Breslauer Verbandsjahren seit einem Jahr überzeugt nicht mehr vor- kommen. Diese Verbesserung des Gesundheitszustandes ist, trotzdem heute durchschnittlich mehr gearbeitet wird in Friedenszeiten.“

Die Erklärung für diese zunächst auffallende erfreuliche Erziehung findet der Berichter- scheiter in der „großen Einflussnahme des Allobolwer- aushalts, wodurch es bewirkt, daß in einer so fortwährenden Kriegszeit selbst Hersteller besser erzeugen werden und Geiste- rische abnehmen“, anderswo eben in der Art und Ausmauerung der Kriegsernährung. Professor Dr. Wolff schreibt hin, daß auch in Berlin mit seinen ungünstigeren Ernährungsbedingungen ähnliche statistische Beobachtungen

Kommunale Frauenarbeit im Kriege. Unter diesem Titel ist im Beicise für Sozialwissenschaften Bd. 5, S. 6, eine Reihe von Artikeln in SW 68, ein Schriftenband erschienen, dem man nur wenige Zeile Verzeitung wünschen kann. Die Erfahrungen des Krieges sind es gewesen, die der Verfasserin, Anna Bloß, die Feder in die Hand gebracht haben, um die Frau und Mütter, den Arbeitervater aufzufordern zu einer fruchtbaren Tätigkeit in der kommunalen Wohlfahrtspflege, und um ihnen zu zeigen, welche wichtigen Aufgaben sie auf diesem Gebiete zu erfüllen haben. Das Schriftband ist aus warmer Liebe für die die schwere Not des Krieges geschrieben, und wird nun mit großer Freude gelesen. Immer wieder befehlender erfordert es, dass die Mütter, die durch die befehlterinnen herausstretten aus dem engen Kreise der Hauslichkeit und eindringen in gemeinnützige Tümer, immer wieder wo es heute schon möglich ist, ihre Interessen wahrnehmen und nachdrücklich zu vertreten. Wie ungemein wichtig das ist, wird in dem Schriftband auf beruhlmäßig geringem Raum mit großer Sachkenntnis dargelegt. Anna Bloß hat zunächst einen kurzen Überblick über die Tätigkeiten des weiblichen Hilfsstaates in den Gemeinden aus der Zeit vor dem Kriege und schüttelt dann in neuem Kapitel, in welcher Weise und aus welchen Gründen sich die Arbeiterväter und Arbeiterväterinnen auf den Gebieten der gemeinschaftlichen Forme, der Altenpflege, Wohnungsfürsorge, der Lebensmittelversorgung der Gemeinde, der Fürsorge für Mutter und Kind, der Kommunalpflege, Wohnungsfürsorge, der Polizeiverwaltung und der Schulverwaltung tätigten und insbesondere die Interessen von Frau und Kind wahrmahnen haben. Das Kapitel wird durchweg angelehnt und lebendig geschrieben und enthält wertvolle Hinweise für alle weiblichen Hilfskräfte, die heute schon in den kommunalen Wohlfahrtspflege eingesetzt sind, für die Arbeiterväterinnen wie für die Arbeiterväter. Ein weiteres Arbeitsfeld eröffnet sich hier den Arbeiterväterinnen. Es gilt, die Not der Armuten zu lindern, und aufzulösen um so leichter, wo es notwendig ist. Die Mütter in den Gemeinden muß aber noch sozialistisch Grundlagen schaffen. Dazu gehört die Tatsache, daß auch die Arbeiterväterinnen, die nicht „allern“ arbeiten müssen, was nun die Politik, denn sie spielt überall in den Gemeinden hinein. Anna Bloß sieht die Dinge mit den Augen des Sozialarbeiterin, die ausbauen, helfen, verbreitern will. Großherziger Brüder entrollt sie von Zuständen, die wie der Krieg es zeigt hat, dringend der Besserung bedürfen. Auch der Bruder, der Brüder, hat man erhaben Aufmerksamkeit zuwidern; besser Erziehung und Pflege muß ihnen zuteil werden. Besonders Beachtung verdienen die Kapitel: „Frau in der Wohnungsfürsorge“, und „Die Fürsorge für Mutter und Kind“. Von der Wichtigkeit der Mitarbeit der Frauen in der Gemeinde sind auch die bürgerlichen Frauen überzeugt. „Schon jetzt beeilen sie sich für die Mütter in den Gemeinden vor durch Gründung einer Reihe von sozialen Freundeinheiten. Da drohen die proletarischen Frauen in den gemeinschaftlichen Arbeiterväterinnen in der Gemeinde ein, als es sie betreffen und ihr eigenen Interessen handelt.“ Etwa in Gemeinde für Gemeinde, für die höchsten Entwicklung zugeführt werden, wenn die Frauen sich zu bilden führen durch die Mitarbeit an allen Stützpunkten der Menschheit, die in ihre Hand gelegt sind.“ — Wiederum das Schriftband, dessen Preis 80,- beträgt, kann Frauen unserer städtischen Kollegen zur Aufmerksamung nur warm empfehlen. Wer es nicht mit den Augen liest, der wird es nicht ohne geistiges Gewinn aus der Hand legen.

Durch den Völkerfrieden zum Völkerfrieden. Ein Werk der Stockholm Konferenz von Griech Nothe. Verlag Buchdruckerei S. Heimann & Sohn, Berlin, Neu-Königstrasse 30. 60 Seiten. Preis 40 Pf. — Der Verfasser sieht die wahre Ursache dieses Krieges in dem Kampf um die Macht und die Machtbezugsänder durch die einzelnen

national organisierten Kapitalistenclüffen, für es in Form der industriellen und kommerziellen Konkurrenz, die den Sturm der sozialistischen Belehrungsreise. Von dieser Erziehung ausgehend, berichtet die Meinung, daß der Wohlwille, der wirtschaftliche Dauerfriede nicht erreichen werden könnte, wenn man mit dem Deutschen Reich zusammenhängende Ländern vollständig gebunden würde. Ein deutscher Friedensvertrag ist eine Friedensvereinbarung, die zwischen dem Weltgemeinschaftsamt und nicht ausländigen Staaten oder der polnischen Freiheit nicht auf die unabhängige, freie Wohlfahrtsgemeinschaft, die im Weltgemeinschaftsamt neben den politischen auch den wirtschaftlichen Interessen der Weltgemeinschaft zu berücksichtigen, die Monopoliierung von Skarpen und Rohstoffexportländern unmöglich zu machen und insbesondere England dazu bringen, daß eine heimische Wehrkraft nicht mehr ausüben kann. Die weiteren legt der Berichterstatter dar, daß die Lösung der sozialen Frage, die soziale Sicherung der Volksmassen in allen Ländern die unerlässliche reale Grundlage für eine Gemeinschaft der Nationen und einen wirtschaftlichen dauerhaften Frieden sei. Das Schrifttum ist bereits im Sommer 1917 im Hinblick auf die Stadholtner Konferenz geschrieben und sein Druck ist dann immer wieder verzögert worden. Es sieht sich aber auch heute noch ganz interessant, a. e.

Briefkasten.

Fr. W. in Dörrum. Das Buch „Die Praxis der Handelspolitik“ von Max Schipper ist zu beziehen vom Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Es kostet kartonierte M. 1,50, gebundenes M. 2.

Carl Seitz in Höchst a. d. N. Es ist richtig; im § 28 des neuen Statutenentwurfs muss der lezte Satz heissen: Die Anrechnung der Beiträge in den früheren Verbänden auf die Unterschüttungsberichtigung im Deutschen Bauarbeiterverband regelt § 28 in Ziffer 7 bis 9^o, nicht § 27 in Ziffer 8 bis 10. Für diese Ausformulierung besten Dank.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Vom 6. bis 12. Januar 1918 haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse gesandt: Muriach 85,-, Altenburg 770,-, Artern 12,-, Aischbach 133,55,-, Achim 312,-.

Zentraltranfertasse.
Im Monat Dezember sind folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Altenberge, d. 27.12.
Berlin I 500, Darmstadt 110, Düsseldorf 50, Dörfel 6
Dessau 30, Döberan 50, Dorfle 5, Dernburg 100, Dörsdorf 6
Dresden-Zehlendorf 200, Dresden 40, Elberfeld 100
Glinde/Bremen 100, Göttingen 50, Hagen 50, Hapert 10
Hamburg 11 100, Herford 100, Langewiesen 10
Mölln 10, O. 50, Mülheim 100, Nümbrecht 10
Paderborn 100, Parchim 50, Rems 30, Regen 100, Ronnenberg 10
Rostock 35, Wiesbaden 75, Wiesenburg 50, Wiedenbrück 10
Summe: $\text{M. } 3211,10$

Zuführungsschalen: Bielefeld 50, Bodenwerder 30, Bonn 100, Brilon 100, Büdingen 50, Bamberg 30, Berlin 200, Celle 100, Düsseldorf 100, Emden 50, Erfurt 100, Esslingen 50, Frankfurt 40, Gifhorn 40, Göttingen 100, Halle a. d. Saale 100, Hanau 50, Hildesheim 100, Ingelheim 50, Kassel 100, Kiel 100, Krefeld 100, Lübeck 100, Magdeburg 50, Münster 100, Neuss 100, Nürnberg 100, Oldenburg 100, Paderborn 100, Potsdam 100, Recklinghausen 100, Rinteln 100, Schleswig-Holstein 100, Siegen 100, Stettin 200, Straßburg 100, Tönning 100, Ulm 100, Wiesbaden 100, Witten 100, Würzburg 100, Zwickau 100
G a m b u r g, den 2. Januar 1918.
W i l h e l m H i e s , erster Kassierer

Sterbetafel.

(Hierzu dieser Hub ist verständlichen mit alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach ihrem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 Å.)

Berlin. Am 3. Januar starb das Mitglied **Willi Martini** (Mauer) im Alter von 70 Jahren an Lungenentzündung.
Mitglied Gottfried Hiltner (Bürger) im Alter von 81 Jahren an Herzversagen. Am 7. Januar starb das Mitglied **Richard Riesler** (Stofffleiter) im Alter von 45 Jahren an Asthma.
 Am 11. Januar starb unter Mitglied **Paul Gährtner** (Gärtnermeister) im Alter von 52 Jahren an Lungenentzündung.

Chemnitz. Am 6. Januar starb unser Mitglied
Friedrich Hermann Clig (Gülfarbeiter) im Alter von 58 Jahren an Rippenfellentzündung.
Dresden. Am 17. Dezember starb unser Mitglied
Julius Richter (Gülfarbeiter) aus Dörschau im Alter von 54 Jahren an Lungenerkrankung.
Düppelbor. Am 7. Januar starb nach langer, schwerer Krankheit unser langjähriges und treues Mitglied
Willi Zehnpfennig (Stuhlbauer) im Alter von 45 Jahren an Krebs.
Guben. Am 5. Januar starb das Sohle **Ernst Schloss** im 78 Lebensjahr an Hauftrebs.
Hamburg. Am 4. Januar starb unser Mitglied
J. A. Chr. Bensch (Gülfarbeiter) im Alter von 59 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 7. Januar starben unsere Mitglieder **Otto Berger** (Güpf) im Alter von 51 Jahren an Lungentuberkulose und **Hermann Schulz** (Mauerer) im Alter von 67 Jahren an Alterschwäche.

Magdeburg. (Diesdorf.) Am 2. Januar starb unter Mitglied **Friedrich Oster** (Maurer) im Alter von 72 Jahren an Altersschwäche.
München. (Westend-Bavaria) Am 28. Dezember starb der Kellner **Ernst Hetzel** (Hilfsarbeiter)

hard der Sohn Ernst Heizer (Ginsburg) im Alter von 37 Jahren an Schleppschwindsucht. — (Schwaben-Ost.) Am 1. Januar starb der Kollege Georg Seiler im Alter von 69 Jahren an Lungeneileiden.

Rüttenschieth. Am 12. Januar starb unser Mitglied **Johann Steinwender** (Stuhlsator) im Alter von 38 Jahren an Magenleiden.
Peisterwitz. Am 8. Januar starb unser Mitglied **Wilh. Frost** (Maurer) im Alter von 45 Jahren.

Solingen. Am 5. Januar starb unser Mitglied **Georg Dahl** (Bücher) im Alter von 59 Jahren an Herz- und Nierenleiden.
Strehla a. d. Elbe. Am 4. Januar starb unser langjähriges und treues Mitglied **Carl Jungknecht** (Maurer) im Alter von 84 Jahren an Lungensteinantheil. Er hinterließ eine Witwe und 5 Kinder.

Berfammlungen.

Berlin 1. (Frankenfelde). Mittwoch, den 30. Jan.
abends 8^h Uhr, bei Matthes, Salzwedeler Straße
Tageordnung: Kassen- und Revisionsbericht vom vier-
Quartal 1917; Kassenwahl, Stellungnahme zur
lage des Vorstandes betreffs Erhöhung der Beiträge
und Verstärkung des Kassenbestandes.

Berlin 2. (Kranenkasse) Dienstag, den 29. Jan.
abends 7 Uhr, bei Böhl, Lychener Straße 3. Tafel-
ordnung: Abrechnung vom vierten Quartal. Neu-
ordnung des Vorstandes. Beschlussfassung über Einführung höl-
zerner Beitragsklassen und Unterstützungsstähle. Kranenkasse
und Unterstützungsstähle. Kranenkasseangelegenheiten.

Dresden-M. (Krankenkasse.) Sonntag, den 27. Januar nachmittags 2½ Uhr, im "Völksbau", Tagesordnung: Quartalsberichte und Jahresabschluß. Neuwohlten, Sprechung über die Erhöhung der Beiträge und Wiedergabe des Verschiedenes.

Driesen. Sonntag, den 27. Januar, findet nach der
gouvernementswahl um 2 Uhr Versammlung statt. T
ordnung: Wahl des gesamten Vorstandes.
Hamburg I. (Kr. an den Kassen). Sonntag, den 20. Jan

vormittags 9½ Uhr, bei Möller, Hammerbrookstraße
Tagesordnung: Abrechnung vom vierten Quartal
Wahlen. Besprechung über Erhöhung der Kranken-
versicherung.

Der Verbandsvorstand